Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 16—31. Aug. 385 000 M. durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Leuchtenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 28000 M. für den Millimeter Höhe 1 Spalte, 150000 M. für Reklame, ansicht. an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 30 000 Mk. | **Freitag, den 17. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 191**

Das Verbrechen sozialdemokratischer Führer

Halle, 17. August.

Der Generalstreik um die politischen Forderungen ist abgebrochen! Mit unverminderter Schärfe aber geht der Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen weiter. Die Bewilligung dieser Forderungen (20 Millionen Mark Wirtschaftsbeihilfe, 60 Goldpfennige Friedensreallohn, keinerlei Maßregelungen und Bezahlung der Streiktage) ist das mindeste, was bewilligt werden muß, um vor der Hand wenigstens die allerschlimmste Not im Arbeiterhaushalt zu beseitigen. Ueberall dort, wo die Unternehmer ablehnend auf die Forderungen der Arbeiter antworten, wird daher weiter gestreikt. Nur da, wo die Arbeitgeber die Forderungen bewilligen, oder dort, wo die Arbeiter durch die schamlosen Rankünen gewisser sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonzen und der Lügenkampagne der sozialdemokratischen Presse zum Opfer gefallen sind, ist die Arbeit wieder aufgenommen. In den gestern stattgefundenen Massenversammlungen der Streikenden kam ein so starker Kampfwille zum Ausdruck, daß gar nicht daran zu denken ist, daß die noch im Kampfe stehenden Arbeiter sich dem brutalen Aushungerungswillen ihrer Ausbeuter fügen werden.

In der gestern vormittag stattgefundenen Vollversammlung der hallischen Betriebsräte wurde ein Antrag gegen nur wenige Stimmen angenommen, der die Betriebsräte verpflichtet, **den Unternehmern gemeinsam mit den Gewerkschaften die wirtschaftlichen Forderungen zu unterbreiten.** Dort, wo die Forderungen bewilligt und keine Maßregelungen stattfinden, soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Wo das Unternehmertum ablehnt, soll der Streik **geschlossen fortgeführt** werden. Die die Arbeit wieder aufnehmenden Kollegen werden verpflichtet, die Kämpfenden zu unterstützen.

Wie noch nie seit den Kapptagen ist die Arbeiterschaft in einer so einheitlich geschlossenen Front in den Kampf getreten. Die Wucht des Massenkampfes war so gewaltig, daß an einen Widerstand der Unternehmer gar nicht zu denken gewesen wäre, wenn ihnen nicht die sozialdemokratischen Führer Hesse, Wielepp und Komp. mit dem sozialdemokratischen „Volksblatt" zu Hilfe geeilt wären. Vom ersten Tag an begann die Hetze gegen den „kommunistischen Generalstreik", der von dem **legal vom Bezirkskartell einberufenen Kongreß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Mitteldeutschlands** beschlossen war. Warum diese Hetze? Die einheitlich geschlossene Front der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter mit den Kommunisten war der Sozialdemokratie ein Hindernis zum Eintritt in die Große Koalition, der neuen großen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Führern der Sozialdemokratie, des ADGB. und dem großindustriellen Ausbeutertum zur Erhaltung des kapitalistischen Aushungerungs- und Bedrückungssystems.

Kaum eine halbe Stunde nach der Tagung des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses kleisterte der gewissenlose Demagoge Hesse eigenhändig die roten Plakate mit den gefälschten Unterschriften an die Anschlagsäulen, in denen die schamlosesten Lügen gegen die Kommunisten aufgetischt wurden. Es war umsonst: die Hesse, Wielepp und Konsorten vermochten die Wucht der Massenbewegung nicht zu verhindern. Trotzdem war ihnen der spontan hervorbrechende Kampfeswille der einheitlich geschlossenen Arbeiterschaft nichts. Sie setzen ihre systematische Sabotage gegen den Massenstreik fort. Nicht allein, daß in ihrer Presse, im hallischen „Volksblatt", in der Magdeburger „Volksstimme" und im „Vorwärts" das Blaue vom Himmel heruntergelogen wurde, die Hesse und Konsorten leisteten dem Unternehmertum auch aktive Hilfe. Hinter dem Rücken der streikenden Bergarbeiter verhandelten sie mit den Unternehmern, **um die Front der kämpfenden Arbeiter von hinten zu erdolchen.** Ihre Parteigenossen, der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann und der Oberpräsident Hörsing, sandten gewaltige Schupoaufgebote aus Merseburg, Naumburg, Erfurt nach Zeitz, nicht um die provozierende und schießende Stahlhelmmente zu entwaffnen, sondern um ein **grausames Blutbad unter den demonstrierenden und hungernden Bergarbeitern anzurichten.** Die Verhandlungen der „Vertreter" der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum wurden über Lockpfeifen geführt, die die Arbeiter verwirren und in die Betriebe zurückführen sollten. Auf Grund dieser Verhandlungen wurde im Geiseltal den Arbeitern eine **Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark, Schmalz und Kartoffeln** angeboten, als die Arbeiter in den Betrieben waren, stellte sich heraus, daß diese Wirtschaftsbeihilfe ratenweise wieder abgezahlt bzw. vom Lohne abgezogen werden soll. Die Schupo der Sozialdemokraten Hörsing, Bergemann, Runge tat ihr übriges: **die Streikleitungen wurden verhaftet.**

Im Magdeburger Streikgebiet wurden die Streikführer sogar photographiert und ihnen Fingerabdrücke abgenommen. Die sozialdemokratische Presse, die Magdeburger „Volksstimme" und der „Vorwärts", verbreiten eigene Drahtberichte von ihren Genossen in Halle, in denen das Wildwestmärchen aufgetischt wird, daß die kommunistischen Horden bandenweise die Felder plündern und die Getreidegarben auf dem Felde anzünden, während selbst bürgerliche Blätter der Wahrheit die Ehre geben und berichten müssen, daß die proletarischen Abwehrformationen überall Plünderungen und Ausschreitungen der Hungernden verhindern. Der „Vorwärts", das Organ des Lügenverbandes gegen die KPD. und gegen das um seine Lebensexistenz kämpfende hungernde Proletariat, verbreitete sogar den Schwindel seines hallischen Berichterstatters von der Verhaftung „des Leutschenthaler Aktionskomitees zur Ausrufung der Räterepublik". Und wie verhält sich der Blödsinn von den „Moskauer Parolen, mit denen die Hesse und Konsorten gruselig machen und die konterrevolutionären Instinkte des Bürgertums und aller geschworenen Feinde der Arbeiterklasse aufstacheln? In der Großstadt Halle selbst sind noch Firmen, die heute noch Löhne von 568 000 Mark wöchentlich bezahlen. Die Luxuspapierfabrik von Heilbrunn & Pinner wagt es sogar noch, ihren Arbeiterinnen einen Wochenlohn von 300 000 Mk. bis 800 000 Mk. im Akkord zu bieten. Die Mansfeld A.-G. zahlte ihren Grubensklaven in der letzten Woche noch einen Lohn von sage und schreibe 2,5 Millionen Mark!

Wer wagt es da noch zu bestreiten, daß es lediglich der Hunger ist, der die Massen zur Rebellion trieb? Nur gedungene Unternehmersöldlinge oder Idioten können da behaupten, daß die Arbeiter für „Moskauer Parolen" in den Kampf getrieben worden sind! Sozialdemokratische Arbeiter waren es, die zum Kampf drängten und ihre Führer beiseite schoben weil sie sehen, daß ihre arbeitsgemeinschaftlichen Führer trotz aller Not und allen Elends ihr gewissenloses Spiel fortsetzen, das sie und die Arbeiterfamilien in den Sumpf der Verelendung geführt hat!

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer à la Hesse lehnen, wie das „Volksblatt" bombastisch meldet, es ab, die Forderungen der Streikenden auf Wirtschaftsbeihilfen in Höhe von 20 Millionen, 60 Goldpfennige Friedensreallohn, Bezahlung der Streiktage und Vermeidung jeglicher Maßregelungen zu vertreten, weil sie den gewerkschaftlichen Richtlinien im Gesicht schlagen". Offenbar gehen diesen Herrschaften die minimalen Forderungen der Streikenden zu weit. Um diese Schamlosigkeit richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß bisher den Arbeitern verheimlicht wurde, **daß der vom Reichsarbeitsminister festgesetzte Ausgleichsindex von 30 Proz. auf die am 13. August festgestellte Teuerungsindexzahl von 192,2 Prozent zu zahlen ist.** Danach beträgt z. B. der Spitzenlohn für die deutschen Buchdrucker in der Woche vom 18. bis zum 24. August nicht weniger als 36 Millionen 595 000 Mk.

Was sind dagegen die Löhne der Bergarbeiter und die Löhne der Buchbindereiarbeiterinnen der Firma Heilbrunn & Pinner? Was sind dagegen die 1,2 Millionen Mark, die die Bergarbeiter nach dem Abkommen der Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern für die Zeit vom 2. bis 5. August in den Magdeburger Bergarbeiterrevieren nachgezahlt erhalten sollen? Was sind ferner dagegen die fünf Millionen Mark Vorschuß, die nach dem gleichen Abkommen den Bergarbeitern spätestens am 18. August ausgezahlt werden sollen? Ein Nichts. Noch nicht ein Tropfen auf den brennendheißen Hunger der Bergarbeiter, ihrer Frauen und Kinder!

Bei all dem wagt es das Blatt der Hesse und Ko. über den großen Hungerkampf der Arbeiter zu schreiben: Arbeiter, wie Ihr betrogen wurdet! **Jawohl, die Arbeiter wurden betrogen, nicht aber von den Betriebsräten und nicht von den Kommunisten, sondern von den sozialdemokratischen Führern, Hesse, Wielepp und Konsorten, nicht minder als vom sozialdemokratischen „Volksblatt".** Sie sind es, die den Kampf sabotierten. Sie sind es, die daran schuld sind, wenn Arbeiter irregeführt und verwirrt wurden. Sie sind daran schuld, wenn Arbeiter zu frühzeitig in die Betriebe gingen und wenn jetzt die Unternehmer in diesen Betrieben Maßregelungen vornehmen! **Der Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen mußte erfolgreich sein.** Die Unternehmer hätten ohne Ausnahme unter der Wucht des Massenkampfes diese Forderungen bewilligen müssen, wenn die Gewerkschaftsführer den Kampf nicht sabotiert und gemeinschaftliche Sache mit den Unternehmern gemacht hätten. Der Beweis dafür ist das Resultat, daß die **Arbeiter der Baubetriebe** erzielt haben. **Die Bauarbeiter haben einen Stundenlohn von 500 000 Mark ab Montag, also einschließlich der Streiktage, durchgedrückt.** Warum konnten sie das? Weil die Führer der hallischen Bauarbeiter, die Kommunisten sind, gemäß dem Willen der Arbeiter die wirtschaftlichen Forderungen des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses aufnahmen und, gestützt auf die Massenbewegung, bei den Unternehmern durchsetzten.

Dieses Beispiel zeigt, wie riesengroß das Verbrechen der sozialdemokratischen Führer à la Hesse und Konsorten ist.

Was ist nun zu tun? Die weitaus größte Zahl der am Streik beteiligten Arbeiter steht noch im Kampf. Sie wollen nicht in das Hungerjoch zurückkehren. In Staßfurt und Bernburg haben sich die Frauen mit Knüppeln bewaffnet und vor die Kalischächte gestellt, um die zum Aushalten im Kampfe zu zwingen, die infolge der sozialdemokratischen Verwirrungsmanöver nicht mehr gewillt waren, den „Moskauer Parolen" zu folgen. In Zeitz und Umgegend haben die sozialdemokratischen Arbeiter **ihren eigenen Führern das Reden verboten,** und selbst der „Vorwärts" muß nunmehr anerkennen, daß der Bergarbeiterstreik im Zeitzer Revier **nicht auf kommunistische Parolen,** sondern auf **die brutalen Aushungerungsmethoden der Zechenbarone zurückzuführen ist.** Die Arbeiter dort, wie in ganz Mitteldeutschland wissen also, warum und weshalb sie kämpfen. **Es ist das notwendige Stück Brot, um das der Kampf geht!**

Wenn in diesem Moment die Unternehmer gegen die noch immer im Kampfe ausharrenden Proletarier mit dem brutalen Mittel der Aushungerung vorgehen, so ist es klar, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben, wo ausgesperrt wird, ihren Betriebsräten und den ausgesperrten Kollegen Solidarität bekunden müssen. Es ist aber auch klar, daß die Arbeiter, die jetzt in die Betriebe zurückkehren, in denen bewilligt ist, den Ausharrenden im Kampfe in brüderlicher Solidarität Opfer bringen müssen. Für die Arbeiter aber, die noch im Kampfe stehen, heißt es: **geschlossen im Kampfe zu verharren und nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die wirtschaftlichen Forderungen bewilligt und die Arbeitgeber bereit sind,** alle in den Streik getretenen Arbeiter wieder in den Betrieb zu lassen!

Das Gewerkschaftskartell Halle und die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden

Der Kartellvorstand hat zu den Forderungen der Streikenden Stellung genommen, und folgende Entschließung angenommen:

Der Vorstand des Ortsausschusses des ADGB. Halle erkennt die in der Betriebsrätevollversammlung vom 16. August beschlossene Forderung der Arbeiterschaft auf sofortige Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 20 Millionen Mark und die Forderung eines Stundenlohnes, berechnet nach 60 Goldpfennigen, was einem heutigen Stundenlohn von 550 000 Mark entspricht, als berechtigt an. Der Vorstand des Ortsausschusses ersucht die Vorstände der angeschlossenen Gewerkschaften, diese Forderungen an die zuständigen Unternehmerorganisationen zu stellen und zu vertreten und sofortige Verhandlungen zu verlangen. Allen durch den Streik gemaßregelten Mitgliedern ist der möglichste Schutz durch die Organisationen zu gewähren. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgefordert, für die Durchsetzung dieser Forderung vollke Solidarität zu üben.

Erfolge der Hamburger Arbeiter

Der Polizeisenator Hense aus dem Paeplow-Verband ausgeschlossen — 4 650 000 Mark Tagelohn

(Eigene Drahtmeldung)

Hamburg, 16. August.

Gestern abend hat eine Versammlung der **Hafenarbeiter-Vertrauensleute** mit 357 gegen 303 Stimmen die **Wiederaufnahme der Arbeit** beschlossen, nachdem die Polizeibehörde zugesichert hat, daß am Hafen die Polizeiverstärkungen zurückgezogen werden, und nachdem den Hafenarbeitern ein **Tagelohn von 4 650 000 Mk.** bewilligt worden ist.

Die Werften haben heute im Laufe des Tages Betriebsversammlungen gehabt, auf denen sie in der Mehrzahl beschlossen haben, **morgen** wieder die Arbeit aufzunehmen. Heute hat trotz der Aufforderung der Gewerkschaften die Arbeit auf den Werften noch geruht.

Eine Betriebsrätevollversammlung nimmt heute abend zu der Lage Stellung.

In Harburg hat eine Urabstimmung der streikenden Arbeiterschaft stattgefunden; etwa 8000 Stimmen wurden für die Weiterführung des Kampfes abgegeben, 5000 dagegen. Die Gewerkschaften fordern, da keine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Streik vorhanden ist, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Eine von 2500 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes Hamburg beschloß gestern abend gegen sieben Stimmen den Ausschluß des sozialdemokratischen Polizeisenators Hense aus dem Baugewerksbund. **Sie beschloß Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen.** Sie protestierte einstimmig gegen das Verbot der „Hamburger Volkszeitung". Ebenso haben die Hafenarbeiter gegen das Verbot der „Volkszeitung" Stellung genommen.

Heute mittag um 2 Uhr sollte die Beerdigung der Opfer der Vorgänge am Hafen stattfinden. Die Staatsanwaltschaft hat aber die Leichen zur Beerdigung nicht freigegeben. Arbeiter, die sich am Hafenkrankenhaus versammelten, um der Beerdigung beizuwohnen, wurden mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben durch Sipo auseinandergejagt.

Demonstration der ganzen Arbeiterschaft Braunschweigs

(Meldung des Wolffschen Bureaus.)

Braunschweig, 17. August.

Vormittags versammelte sich die ganze Arbeiterschaft Braunschweigs auf dem Schloßplatze zu einer Kundgebung zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen, die dem Ministerium vorgelegt werden sollen und auf Zurückziehung des Alarmdienstes vom Lande sowie Einsetzung von Kontrollausschüssen zur Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande hinausläuten. Ueber die Forderungen wird im Ministerium gegenwärtig noch verhandelt. Bei dem nach der Versammlung veranstalteten Umzuge durch die Stadt haben sich Zwischenfälle nicht ereignet. Gegen abend sollte noch eine Versammlung stattfinden, in der nochmals über die Frage des Generalstreiks entschieden werden sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0001

Der wahre Sinn des Massenstreiks

Die Klassenorgane des Proletariats, Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Hundertschaften, steuern dem Chaos

A. Th. Während der Massenstreik im Reich noch am Werk ist, überall, dem vom Reichszentrum, von Berlin, gegebenen Anstoß zu folgen und ihn zu Ende zu führen, sind die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratische „letzte Garde" schon in voller Arbeit, um Rache zu üben für den ausgestandenen tödlichen Schreck. Massenhafte Maßregelungen, Aussperrungen, Verhaftungen. Die sozialdemokratische Bureaukratie, die nicht nur die in den Fugen krachende bürgerliche Ordnung, sondern auch ihr in den Grundfesten wankendes Parteigebäude zu verteidigen hat, steht überall an der Spitze dieses Rachefeldzuges, leitet die Hand der Unternehmer, wählt die Opfer aus. Wenn die letzten sozialdemokratischen Mohikaner der bürgerlichen Hungerordnung glauben sollten, damit die proletarische Kampffront erschüttern, das gewaltig gewachsene Kraftbewußtsein der Arbeiterschaft beschädigen zu können, so täuschen sie sich gründlich. Indem sie ins Feuer schlagen, streuen sie glühende Funken aus, die nur allem auch sie verzehren und am Ende verzehren werden. Die kämpfende Arbeiterschaft wird strenge Rechenschaft fordern. Wir warnen das Unternehmertum und die Sozialdemokratie, sich zu weit vorzuwagen. Die Arbeiterschaft hat, ohne sich zu Putschaktionen provozieren zu lassen, die Mittel, sich kleiner Verfolgungen und großer Racheaktionen zu erwehren. Sie wird sie nicht dulden. Will die Bourgeoisie, will die Koalitionsregierung in wenigen Wochen abermals vor dem Chaos stehen, so möge sie ihrer Rachsucht frei die Zügel schießen lassen ... Noch einmal: Wir warnen!

Das Koalitionskabinett scheint sich Rechenschaft darüber zu geben, daß das deutsche Volk in der Abwehr an der Ruhr auf niemand zu rechnen hat, als auf sich selber. Jeder Racheakt gegen das den Hungerwolf wehrende Proletariat wird zählen als ein Dolchstoß gegen die Kampffront an der Ruhr, die die Koalition zu verteidigen vorgibt. Das werktätige Volk wird nicht nach den Worten, sondern nach den Taten urteilen. Und es ist ein kritischer und mißtrauischer Richter geworden. Mit gutem Grund. Es wittert die Vorbereitung der Kapitulation auf seine Kosten.

Das Austoben des Rachedurstes der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Mamelucken ist aber nicht nur infam, es ist auch dumm. Wenn die Bourgeoisie (immer einschließlich ihrer sozialdemokratischen Bureaukratengarde) versuchen würde, sich ernsthaft Rechenschaft zu geben über die wirkliche Bedeutung der jetzt ablaufenden großen Massenstreikwelle, so würde sie als die grundlegende Tatsache entdecken, daß überall die, verhaßten Klassenorgane des kämpfenden Proletariats, die Betriebsräte, die Kontrollausschüsse, die proletarischen Hundertschaften, es gewesen sind, die dem Chaos, in das ihre verbrecherische und leichtsinnige Plünderungswirtschaft die Volksmassen gestürzt hat, gesteuert haben.

Beim Zusammenbruch der Wirtschaft der staatlichen Bureaukratie erstanden die proletarischen Klassenorgane als Retter des Volkes. Sie allein erwiesen sich fähig, in der vom Bürgertum geschaffenen Anarchie „Ordnung" zu schaffen. Es ist das Werk der Betriebsräte, der Kontrollausschüsse und der proletarischen Hundertschaften, daß die vor Hunger verzweifelten Massen nicht in blinden Hungerrevolten, in Raub, Plünderung und fessellosem Morden sich ergingen an denen, die die Schuld tragen, sondern daß die Masse eine grandios organisierte Selbsthilfe einleitete.

Die Betriebsräte faßten die politische wie wirtschaftliche Massenaktion zusammen — die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie ließ die Massen im Stich und stellte sich hinter die Bourgeoisie.

Die Kontrollausschüsse organisierten die Heranschaffung, die Verteilung der Lebensmittel, bestimmten die Preisfestsetzung — die Kontrolle der Produktion ist durch die Massenaktion tatsächlich eingeleitet. Die Kontrollausschüsse stellten die Lebensmittel auf den Großgütern fest und schafften sie heran. Sie traten mit Mittel- und Kleinbauern direkt in Verbindung.

Die proletarischen Hundertschaften unterstützten die Kontrollausschüsse in ihrer Arbeit, sie deckten nicht nur die Arbeiterschaft vor Ueberfällen der Reaktion, sie verhinderten gleichzeitig regellose Plünderungen.

Das sind die grundlegenden Tatsachen dieser grandiosen Massenbewegung der breiten proletarischen Massen.

Aus ihnen müssen Folgerungen gezogen werden. Die Betriebsräte müssen weiter ausgebaut und zusammengefaßt werden, und sie müssen sich als leitende Klassenorgane des Proletariats, die die Klasse einheitlich zusammenfassen, sich aller ihrer Bedürfnisse und Nöte annehmen.

Die Kontrollausschüsse müssen von dem Staat, der dem Chaos mit eigenen Organen nicht zu wehren weiß, anerkannt, d. h. mit den nötigen Befugnissen ausgestattet werden. Lokal ist das vielfach schon geschehen. Es muß zentral geschehen. Dabei genügt es nicht, das, was in Sachsen bereits festgelegt ist und was die Massenaktion ausgeweitet hat, zentral anzuerkennen; es muß vor allem den Kontrollausschüssen die Befugnis gegeben werden, den Großhandel zu kontrollieren und erforderlichenfalls bei ihm zu requirieren.

Wenn die Bourgeoisie und ihre Regierungsorgane versuchen sollten, die Kontrollausschüsse um wirklich ausreichende Befugnisse zu prellen, so wird das nicht gelingen. Es sei ganz klar gesagt: Jetzt ist es noch nicht möglich, friedlich die proletarischen Klassenorgane mit den Befugnissen auszustatten, die sie befähigen, dem Chaos zu steuern, wo die bureaukratischen Organe versagen. Sollte die Bourgeoisie hier glatt verweigern oder Täuschungsmanöver versuchen, so werden die Bedürfnisse der hungernden Massen nach organisierter Selbsthilfe sich sicherlich auf nicht friedliche Weise durchsetzen; nicht, weil wir Kommunisten „hetzen", sondern weil das arbeitende Volk praktisch gesehen hat, daß es sich nur auf dem Wege organisierter Selbsthilfe durch seine eigenen Klassenorgane helfen kann.

Die proletarischen Hundertschaften sind immer noch „verboten". Sie sind trotzdem in der Aktion gewachsen. Denn sie haben sich als wirksamer Schutz der Massen gegen den Faszismus erwiesen. Sie werden der einzige sichere Wall vor einem monarchistischen Anschlag sein. Sie werden mit oder ohne staatliche Anerkennung sicherlich weiter wachsen — weil das arbeitende Volk sie als notwendig anerkennt.

Die Bewährung der proletarischen Klassenorgane als Retter des Volkes vor dem Chaos, das ist das große, weittragende Ergebnis dieser Aktion des Proletariats. Nicht nur die Arbeiterklasse, auch die Mittelschichten beginnen, das zu sehen.

Die Kreise der Mittelschichten, der Intelligenz usw., die ehrlich einen Ausweg aus dem Chaos, einen Faktor neuer, überlegener Ordnung suchen — sie mögen sich gewissenhaft Rechenschaft geben, was hier im Keim, in den ersten rohen Anfängen vorhanden ist.

Die Großbourgeoisie freilich, der ihre Herrschaft alles und das Chaos gleichgültig ist, wenn sie nur im Chaos weiter raffen kann, heut diese proletarischen Klassenorgane wie die Pest. Sie erblickt — mit Recht — in ihnen die Ansätze einer neuen staatlichen Ordnung, der verhaßten proletarischen Diktatur.

Aber die große Mehrheit aller Werktätigen, der Arbeiter, Angestellten, Mittelschichten, Beamten usw., blickt voll Hoffnung auf das Neue, das der Kampf ums Leben, der Kampf gegen die kapitalistische Anarchie geboren hat.

Dieses Neue gilt es zu verteidigen und auszubauen. Es weist in eine große Zukunft, in eine neue, überlegene Ordnung, die Brot gibt, dem, der mit Kopf oder Hand arbeitet, und die ausmerzt alles, was auf Kosten der Arbeitenden schmarotzt, praßt, verschwendet.

Neue Streikwelle in Sachsen

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 17. August.

In ganz Sachsen ist eine zweite Streikwelle ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen überall die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften. Im Erzgebirge (Voigtland), im Zwickauer und Bornaer Kohlenrevier, in Leipzig und in einem großen Teil Ostsachsens wurde der Generalstreik allgemein durchgeführt. Die Kontrollausschüsse und Hundertschaften führen die Beschlagnahme der Lebensmittel weiter durch. Die KPD. des Bezirks Sachsen hat einen Aufruf erlassen, der die sofortige Beschlagnahme der Devisen und die sofortige Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß fordert.

Erwerbslose erzwingen Vorschüsse

(Eig. Drahtm.) **Ludwigshafen**, 14. August.

Die Erwerbslosen von Ludwigshafen haben bei der Regierung am 10. August eine Forderung auf Erhöhung der jetzt bestehenden Sätze der Erwerbslosenunterstützung um 500 Prozent beantragt. Die Regierung lehnte ab. Sie schützte Mangel an Kleingeld vor.

Am Samstag besetzten die Erwerbslosen von Ludwigshafen das Stadthaus und zwangen die Regierung zur Auszahlung des Geldes. Es wurden an Verhetratete 5 Millionen, an Ledige 4 Millionen als Vorschuß ausbezahlt. Ferner wurde versprochen, im Laufe dieser Woche nochmals einen Vorschuß auszubezahlen.

Streik in Celle

(Eig. Drahtm.) **Hannover**, 16. August.

Der Streik in Celle hält noch an. In der mechanischen Weberei in Hannover sind über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt.

Verhaftungen im Geiseltal

In Crumba sind zwei Genossen auf Grund gemeiner Denunziationen verhaftet worden. Angeblich sollen sie in einer Streikversammlung geäußert haben: „Wer nicht streikt, dem wird der Schädel eingeschlagen!" Diese Worte sind nirgends gefallen; dafür sind Zeugen genug vorhanden. Aber in unserem „Rechtsstaate" wird Denunzianten und Verleumdern mehr geglaubt als anderen Leuten. Die Hauptsache ist ja, daß wieder ein paar Kommunisten unschädlich gemacht sind. Die Arbeiterschaft fordert die Freilassung der beiden Genossen.

Die tschechische Arbeiterschaft unterstützt unsern Kampf

(Eigener Bericht)

Prag, 15. August.

Die tschechische Arbeiterschaft verfolgt den Kampf des deutschen Proletariats mit der größten Aufmerksamkeit. In Prag sowie in einer Reihe anderer Orte fanden von der Kommunistischen Partei einberufene Versammlungen statt, die sich mit der Kampflage in Deutschland beschäftigten. In einer von den Prager Vertrauensleuten gefaßten Resolution heißt es u. a.: **„Der Kampf der deutschen Arbeiter ist auch unser Kampf. Wir müssen wachsam sein, damit wir in jedem Augenblick zeigen können, daß wir es mit der internationalen Solidarität ernst meinen."**

Das deutschsprachige Zentralorgan der KPD., der Reichenberger „Vorwärts", schreibt in bezug auf die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, es heiße nun wieder „Sozialdemokraten vor die Front!" **„damit sich das alte Spiel wiederhole, daß die Kapitalisten keinen Finger zu rühren brauchen und lächelnd zusehen können, wie ihre sozialdemokratischen Garden unter der Führung von Severing und Noske alle Arbeit für sie verrichten."**

„Rude Pravo" zieht die Bilanz der letzten Massenbewegung: **„die erste Etappe des Vormarsches des deutschen Proletariats ist siegreich durch den Sturz der Regierung Cuno beendet ...** Doch der größte Erfolg der vergangenen Tage ist die Erhöhung des Selbstbewußtseins der proletarischen Massen und die Einbeziehung wenigstens eines Teiles des Kleinbürgertums in die revolutionäre Bewegung ... Das Ende des Generalstreiks bedeutet das Ende nur einer Etappe des revolutionären Prozesses in Deutschland."

Die erste Tat der Großen Koalition!

Der Reichsausschuß der Betriebsräte aufgelöst

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 17. August.

Der preußische Minister des Innern Severing hat auf Grund des § 14, Absatz 2 in Verbindung mit § 7, Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zu Berlin mit seinen Unterausschüssen, also auch den Fünfzehner-Ausschuß der Betriebsräte, aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß der Reichsausschuß der Betriebsräte bestimmenden Einfluß auf die Verbindung und Betätigung der verbotenen Hundertschaften ausübe.

Dazu schreibt die „Rote Fahne": Das ist die erste Tat der Großen Koalition. Die Sozialdemokratie rächt sich an den Betriebsräten, den Klassenorganen des kämpfenden Proletariats, sie sollen enthauptet, desorganisiert werden. Wie muß die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbureaukratie vor den Betriebsräten zittern, daß sie, kaum im Regierungssattel, zum Schwertstreich gegen sie ausholt. Die Begründung ist gottvoll. Die Arbeiterschaft nimmt den hingeworfenen Handschuh auf. Sie wird jetzt einen zehnfach stärkeren Wall um ihre Betriebsräte bilden.

Kommunistischer Sieg in der Dresdener Betriebsrätevollversammlung

Die erste Quittung für die ADGB.-Führer

(Eigener Bericht.) **Dresden**, 15. August.

Die vom reformistischen Dresdener Ortsausschuß einberufene Betriebsrätevollversammlung am Mittwoch wurde zu einem gewaltigen Sieg der Kommunisten. Nach einem Referat des linkssozialdemokratischen Ministers Fellisch und einem Korreferat des Genossen Renner nahm die von Tausenden von Betriebsräten besuchte Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit einen kommunistischen Antrag an, der den Ortsausschuß verpflichtet, die Forderungen der streikenden und ausgesperrten Dresdener Arbeiter mit allen Mitteln durchzukämpfen und, falls sie nicht restlos bewilligt werden, den Generalstreik zu verhängen. Die Sekretäre des ADGB. und die an der Versammlung teilnehmenden sämtlichen Gewerkschaftsfunktionäre Groß-Dresdens versuchten dann mit allen Geschäftsordnungskniffen, die Abstimmung eines weiteren Antrages zu verhindern, der das Versagen der Gewerkschaftsführer im letzten Kampf aufs schärfste brandmarkt und sich für die Forderungen des Reichsausschusses der Betriebsräte, insbesondere den Mindeststundenlohn von 60 Friedenspfennigen, multipliziert mit dem Index der „Roten Fahne", sowie die rechtsverbindliche Festlegung dieses Lohnes durch die sächsische Staatsregierung erklärt. Die Resolution fordert ferner: „Sicherung der Ernährung durch Feststellung und Beschlagnahme zurückgehaltener Lebensmittel durch die Kontrollausschüsse, denen das Beschlagnahmerecht zu geben ist." Der Antrag wurde unter ungeheurem Jubel mit erdrückender Mehrheit gegen wenige Stimmen angenommen. Die Betriebsrätevollversammlung begrüßte dieses Ergebnis mit dem spontanen Aufstimmen der „Internationale". Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß in der Diskussion fast nur Sozialdemokraten sprachen, die sich mit einer Ausnahme in der allerschärfsten Weise gegen die Politik der Großen Koalition, gegen die Sabotage der Gewerkschaftsinstanzen wandten und das volle Zusammengehen mit den Kommunisten forderten. Als der Sozialdemokrat Leuber die Politik des Parteivorstandes verteidigen wollte, wurde er von seinen eigenen Genossen am Weiterreden verhindert.

Es ist dies das erste Mal, daß in der Dresdener Betriebsrätevollversammlung die Einheitsfront der kommunistischen linkssozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter gegen die rechten Führer siegte.

Vom Gewerkschaftsführer zum Aufsichtsrat*)

Gustav Bauers Werdegang

Die Galerie „berufener Führer", die, aus den Gewerkschaften hervorgegangen, den Drang zu „höherem" in sich fühlten, ist ganz erheblich angewachsen. Zu einem August Winnig gesellt sich ein Stegerwald als Stinnes-„DVP."-Redakteur. Der famose Buchbinderführer Kloth hat sich zum Generalsekretär der Deutschen Volkspartei aufgeschwungen und ist nebenbei strammer Antisemit. So stiftet noch mancher aus dem reformistischen Lager sein „bescheidenes" Dulein.

Der „Montag-Morgen", eine in Berlin erscheinende Wochenschrift, hat das Schicksal eines dieser „Braven" an die Oeffentlichkeit gebracht. Wir möchten die Wirkung des Artikels nicht abschwächen und entnehmen ihn deshalb ungekürzt dem „Montag-Morgen". D. Red.

Zu den Mittelmäßigkeiten, denen nach der Revolution staatsmännische Kleider und Befugnisse gegeben wurden, gehört der ehemalige Kanzleigehilfe Gustav Bauer. Er hat die zur Erlangung einer Ministerpension notwendige Zeit in drei Etappen abgesessen und könnte, mit einem auskömmlichen Ruhegehalt ausgestattet, sein nebensächliches Dasein irgendwo am Bodensee oder im Harz ungestört aufessen. Leider muß man feststellen, daß der Herr Reichskanzler a. D. und — unter des Staatssekretärs und Rechtsanwalts Albert Unleitung — Reichsschatzminister Bauer, nachdem er einmal vom Tische der Mächtigen genascht hat, sein Hungergefühl nicht mehr hat besiegen können. Er ist mehrfacher Aufsichtsrat geworden. Eine dieser Würden meldete kürzlich der „Reichsanzeiger":

In das Handelsregister B. ist am 5. Juli unter Nr. 31 054 eine Firma „Warenhandels-Aktiengesellschaft" eingetragen worden. Sitz der Firma ist Berlin, Gegenstand des Unternehmens: Handel mit Waren aller Art, Export und Import aller Waren und Finanzierung derartiger Geschäfte. Das Grundkapital beträgt 120 Millionen Mark. Der Aufsichtsrat besteht aus: 1. Reichskanzler a. D. Gustav Bauer, 2. Konsul Salomon Marx, 3. Kommerzienrat Joachim Weber, 4. Kaufmann Alexander Elser usw.

Der an erster Stelle genannte Reichskanzler a. D. Gustav Bauer ist heute noch Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Sozialdemokratie hat bisher die Uebernahme von Aufsichtsratsposten durch Parlamentarier als eine bedenkliche Verwertung politischen Einflusses bemängelt. Dem Nationalliberalen Paasche ist die Fülle seiner Aufsichtsratsposten übel angekreidet worden und der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer (Köln) hat wegen der kaninchenhaften Vermehrung seiner Aufsichtsratsposten oft sozialdemokratische Angriffe erfahren. Gustav Bauer hat schon als Reichsschatzminister den Aufsichtsratsposten in einer Gesellschaft übernommen, die aus einem Reichsunternehmen in ein Privatgeschäft umgewandelt wurde. Damals glaubten seine Freunde, es wäre so eine Art gemischtwirtschaftlicher Betrieb, in dem der Minister als Aufsichtsrat den Einfluß des Reiches wahren wollte. Er selbst hat sich nicht dazu geäußert, aber die ihm günstige Auslegung wird wohl stimmen, denn es ist ihm wegen der Aufsichtsratsstellung nichts in seiner Partei geschehen.

Gustav Bauer ist (wahrscheinlich vom Konsul Salomon Marx) nur in seiner Eigenschaft als Politiker zum Aufsichtsrat der neuen Aktiengesellschaft, die mit allem Geschäfte macht, herangeholt worden. Von Hause aus ist Bauer nicht Kaufmann, sondern Kanzleigehilfe. Er wurde später Rechtsanwalts-Bureauvorsteher, dann Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Bureauangestellten-Verbandes und schließlich Bureauvorsteher der Generalkommission deutscher Gewerkschaften, die nach der Revolution alle entbehrlichen Mitglieder zur Besetzung von Ministerposten stellen mußte. Bauer wurde Reichsarbeitsminister. Im Juni 1920, als Scheidemann sich weigerte, den Versailler Frieden zu unterzeichnen, da sprang Bauer als Reichskanzler ein — mit Noske als Reichswehrminister. Nach dem Kapp-Putsch mußten Noske, Heine und andere verschwinden. Bauer blieb als Reichsschatzminister unter Reichskanzler Hermann Müller, bis nach den Reichstagswahlen das sozialistenzeine Kabinett Fehrenbach-Simons im Juni 1920 gebildet wurde. Als nach dem Londoner Ultimatum die Sozialdemokraten in das neugebildete Kabinett Wirth eintraten, wurde Gustav Bauer wieder Schatzminister und Vizekanzler. Ein Vizekanzler übrigens, der sich im Kabinett, immer auf die Seite der Rechten gegen Wirth und gegen die Republikaner schlug.

Gustav Bauer hat von allen Sozialdemokraten die längste Ministertätigkeit hinter sich. Er hat am wenigsten unter Angriffen der Rechten zu leiden gehabt. Auch sein Aufsichtsratsposten in der Warenhandels-, Export- und Importgesellschaft wird ihm wahrscheinlich keine Angriffe der Rechtspresse eintragen, wie sie seinerzeit gegen Erzberger gerichtet wurden. Davor bewahrt ihn schon der Umstand, daß neben ihm Konsul Marx als Aufsichtsrat sitzt. Konsul Salomon Marx gilt bei den Monarchisten als zuverlässiger Gegenrevolutionär. Er war Gründer und bis zum Kapp-Putsch Leiter jenes „Berliner Bürgerrats", der die Freikorps nach Berlin holte, die durch den Liebknecht-Mord bekanntgewordenen Kreise des Edenhotels finanzierte und Berlin mit Aufrufen gegen die bolschewistische Gefahr überschwemmte. Als beim Kapp-Putsch die Ehrhardt-Leute mit Hakenkreuz am Stahlhelm in Berlin einzogen, da stellte Salomon Marx resolut und summarisch alle Vorurteile von Rasse und Abstammung zurück, sich selbst auf den Boden der gegebenen antisemitischen Ordnung und sein Privatauto Herrn Ludendorff zur Verfügung. Er eiferte in den Kapp-Tagen täglich in Aufrufen gegen den Generalstreik.

Der Generalstreik-Aufruf aber trug an der Spitze die Unterschrift des Reichskanzlers Bauer. Damals glaubten Sozialdemokraten und andere Leute, es müsse wohl bittere Feindschaft zwischen dem Ludendorff-Freund Marx und dem verjagten Sozialdemokraten Bauer bestehen. Erst später wurde bekannt, daß Bauer den Generalstreik-Aufruf gar nicht selbst unterschrieben hatte, und daß er auch mit dem Generalstreik gar nicht einverstanden war. Berliner Genossen hatten den Aufruf im Namen Bauers unterfertigt. Heute wissen wir endlich sicher, daß politische Streitfragen die persönliche und geschäftliche Harmonie der Herren Marx und Bauer nicht stören. Sie sitzen zusammen in einem Aufsichtsrat. Wenn die Sozialdemokraten über kurz oder lang ihre Leute in das Becker-Ersatzkabinett schicken müssen, werden sie dann Gustav Bauer wieder präsentieren? Er dämpft zwar die Opposition, er ist bei der Rechten wohlgelitten, aber seine Begabung zum Aufsichtsrat scheint doch größer zu sein als die zum Staatsmann und vielleicht sogar zum schlichten Genossen.

*) Aus der soeben erschienenen Nr. 16 des „Kommunistischen Gewerkschafter". Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Sekretariate und Funktionäre. Direkt zu beziehen durch die Expedition des „K. G.", Berlin, Friedrichstraße 225 und durch die Postanstalten.

Kein vorwärtsstrebender Arbeiter, der sich über die gewerkschaftlichen Vorgänge orientieren will, sollte versäumen, sich in den Besitz dieser Nummer zu setzen und für weitgehendste Verbreitung zu sorgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0002

Mit dem Herzen — mit der Faust

In der sozialdemokratischen Funktionär-Versammlung zu Berlin, in der sich die lebhafteste Opposition gegen die Große Koalition geltend machte, erklärte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Sabath: „Die Gewerkschaften hätten mit dem Herzen auf seiten des Generalstreiks gestanden." Dieses gute Herz hindert sie aber nicht, mit der Faust die Bewegung der proletarischen Klassengenossen niederschlagen zu helfen. Das ist „die Aktivität", die die Gewerkschaftsbonzen im Namen der Sozialdemokratie an die Stelle jeder revolutionären kommunistischen Aktion setzen würden.

Der Kanzler Poincarés

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 16. August.

Die „Expreß-Correspondenz" meldet aus Paris: Französischen Journalisten wurde gestern abend an maßgebender französischer Stelle erklärt, daß die Regierungserklärung Stresemanns Gedankengänge enthalte, die „für die weitere Entwicklung nicht ungünstig seien." Die französische Presse erörtert weit und breit die Möglichkeit der Räumung des Ruhrgebietes, worunter die „Unschädlichmachung" verstanden werden soll. So soll nach dem „Oeuvre" die Ruhrindustrie, nicht etwa das Ruhrgebiet, zurückgegeben werden. Das entspricht den Intentionen Stresemanns, der das „freie Verfügungsrecht" proklamierte.

Während der Generalstreikbewegung stand der französische Militarismus sprungbereit, um sich auf die deutsche Arbeiterschaft zu werfen. Stinnes, Stresemanns engster Parteifreund, ließ belgische Truppen heranholen und seine Zechen besetzen. Das liegt durchaus auf der Linie der Stresemann-Absicht, in der die SPD. ausschlaggebend ist. Diese Regierung kann nur die Kapitulation vor Poincaré vorbereiten, kann sich nur mit Poincaré gegen das arbeitende Volk Deutschlands verbinden.

Genosse Obuch tritt zur KPD. über

Erklärung

Als Abgeordneter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei habe ich nach dem Parteitage von Gera festgehalten an dem Gedanken, daß eine Partei des Klassenkampfes neben der Kommunistischen Partei aus den Reihen der politisch geschulten Arbeiterschaft in Deutschland geboren aus den Kämpfen des Tages aufs neue erstehen müsse.

Der erfolgreiche Ansturm der Arbeiterklasse, der die Regierung Cuno stürzte und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei auf den Weg der Großen Koalition drängte, hat den parlamentarischen Führern angesichts selbst dieser unverantwortlichen Politik ihrer Partei nicht die Entschlußkraft gegeben, sich von den Verrätern des Klassenkampfes zu trennen. Danach ist geschichtlich die Möglichkeit endgültig beseitigt, zwischen den bestehenden Parteien eine lebensfähige Partei des Klassenkampfes zu erhalten.

Ich trete daher, sachliche Meinungsverschiedenheiten, die im praktischen Handeln sich nicht geltend machen, zurückstellend, als Kämpfer in die Reihen der Kommunistischen Partei, die zum alleinigen Träger des proletarischen Klassenkampfes geworden ist.

Gerhard Obuch.
Mitglied des Preußischen Landtags.

Wir begrüßen diesen Schritt des Genossen Obuch und sind gewiß, daß zahlreiche seiner bisherigen Parteigenossen ihn als folgerichtig anerkennen und seinem Beispiel folgen werden.

VSPD.-Stimmen gegen die Große Koalition

Die Betriebsräte Remscheids haben sich einmütig gegen die Regierung der Großen Koalition ausgesprochen, die mit brutaler Unterdrückung der Arbeiterpresse ihre Henkersarbeit gegen die hungernde Arbeiterschaft begonnen hat, um die restlose Knebelung durchzuführen und so das Sinnesprogramm der Auspowerung von Volk und Staat zu vollziehen.

Der engere Bezirksvorstand und die Unterbezirksvertreter der VSPD. Ostsachsens haben mit 11 gegen 2 Stimmen das Vorgehen des Parteivorstandes bei der Bildung der Großen Koalition protestiert. Sie mißbilligen die Festlegung der Parteipolitik ohne Anhörung der Parteimitgliedschaft.

Der stabilisierte Hunger

Zusammenbruch in der Münchener Lebensmittelversorgung

(Eig. Drahtm.) **München**, 14. August.

In der Lebensmittelversorgung Münchens herrschen katastrophale Zustände. Kartoffeln sind nicht aufzutreiben, obwohl das Pfund bereits mit 60 000 Mk. bezahlt wurde. Die Fleischpreise bewegen sich zwischen 280 000 bis 300 000 Mk. pro Pfund. Die Gemüsepreise steigen von Stunde zu Stunde. Butter und Eier sind auch hier verschwunden. Ab Mittwoch beträgt der Milchpreis für 1 Liter 110 000 Mk. und ab Mittwoch nächster Woche gerüchtweise 200 000 Mk.

Ein großindustrieller Landesverräter verhaftet

Elberfeld, 17. August.

In Barmen wurde der Düsseldorfer Großindustrielle, Kommerzienrat Max Mulak, der Leiter des Handelskonzerns, wegen dringenden Verdachtes der Begünstigung der Besetzung verhaftet und ins hiesige Gefängnis eingeliefert.

Dieser Kommerzienrat Mulak ist nur einer von den vielen Landesverrätern, die die Franzosen begünstigen. Der ganze „Kampf" der Ruhrindustriellen gegen die Besatzung ist eine Kette von Landesverräterei. Wirklich gekämpft haben bisher immer nur noch die Arbeiter. Die Unternehmer des Ruhrgebiets haben den passiven Widerstand im besten Falle als ein Geschäft betrachtet, bei dem sie sich schrankenlos bereichern konnten. Weil dem so ist, wird der „dringende Verdacht" gegen Mulak und seine Verhaftung auch höchstens zu einer Komödie der Weißen Justiz führen.

Milliardenraub der Franzosen

Koblenz, 16. August.

In der Buchdruckerei der Gebrüder Bräuer in Koblenz-Lützel, die städtisches Notgeld herstellt, wurden heute von französischen Besetzungsorganen 687 Milliarden Mark geraubt.

Fellisch gegen Stresemann

(Eigener Bericht)

Dresden, 15. August.

Der sächsische Wirtschaftsminister Fellisch hielt vor der Dresdener Betriebsrätevollversammlung eine aufsehenerregende Rede gegen die Große Koalition. Er erklärte wörtlich:

„Cuno blieb viel zu lange an der Regierung. An seine Stelle ist jetzt Stresemann getreten. Mir ist eine solche Koalition innerlich zuwider. Dem Kabinett Stresemann darf eine Beweisungsfrist von Monaten unter keinen Umständen gewährt werden. Stresemanns Antrittsrede hat mich und wahrscheinlich auch die Mehrzahl von Ihnen außerordentlich enttäuscht. Die wirtschaftlichen Maßnahmen, vor denen die davongesagte Cuno-Regierung, das Kabinett der Großkapitalisten und Großagrarier, sich feige gedrückt hat, ist uns Stresemann leider ebenfalls schuldig geblieben. Es ist Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, die Regierung Stresemann zu zwingen, entweder diese Schritte zu gehen oder in kürzester Frist ihren Platz zu räumen."

Fellisch wandte sich dann aufs schärfste gegen den gegenwärtigen Reichsernährungsminister Luther, dem er Sabotage der Volksernährung vorwarf. „Als ich vor 14 Tagen bei Dr. Luther wegen der Kartoffelversorgung vorstellig wurde und Kredite für die Gemeinden forderte, äußerte er: „Zahlungbedende Anträge sind bisher noch nicht gekommen." Als ob ein verantwortungsbewußter Minister nicht von selbst solche Maßnahmen treffen müßte. Als ich Dr. Luther um eine Verbesserung der Fettversorgung ersuchte, erklärte er mir ganz harmlos: „Wir brauchen nur Devisen, dann haben wir auch Margarine." (Entrüstetes Lachen.) Fellisch schloß: „Die Devisenordnung der Regierung Cuno war ein Unfug allerschlimmster Art. Die Arbeiter müssen Stinnes und die Schwerindustrie zwingen, bestimmte Devisenbeträge zur Fettbeschaffung herauszugeben. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, um die Beschlagnahme der Sachwerte zu erkämpfen."

Gewerkschaftliche Hilfspolizei in Gotha

(Eigene Drahtm.) **Gotha**, 16. August.

Heute mittag fand zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Polizeibehörde Verhandlungen statt, die die Bildung einer Hilfspolizeitruppe für Gotha zum Gegenstand hatten. Die Hilfspolizei soll für die zur Sicherung der Landesgrenze abtransportierte Landespolizei den Sicherheitsdienst in Gotha übernehmen.

Kontrollausschuß bei Nacht. Aus Langen wird gemeldet, daß die Erwerbslosen Donnerstag nacht zusammenkamen, die Kirchenglocken um 1 Uhr läuten ließen und die Bewohnerschaft zusammenriefen, worauf ein Kontrollausschuß eingesetzt wurde, der am Morgen die Lebensmittelpreise in den Geschäften festsetzte und die Ortsausgänge bewachen ließ, damit nicht die Waren von Fremden ausgekauft würden. Das alles widelt sich sehr ruhig ab. Man steht, daß die Kirchenglocken noch nützlich sein können.

Gegen Stresemann-Hilferding. In Zwickau hat die Betriebsversammlung der Firma Friemann & Wolf einstimmig beschlossen, keine Koalition mit dem Bürgertum zu dulden, sondern eine Arbeiter-Regierung und Sachwerterfassung nach Reichstagsauflösung zu fordern.

Zum Chef der Reichskanzlei hat Stresemann den Reichstagsabgeordneten der Stinnespartei v. Rheinbaben ernannt.

Bei einer Felddienstübung festgenommene Fajzisten. In einem Ort der Umgebung von Remscheid veranstalteten Fajzisten eine Felddienstübung. Sie kontrollierten Passanten und bewegten sich so auffällig, daß sie entdeckt wurden. Arbeiter griffen ein. Unter Verlust eines Toten wurden die Fajzisten festgenommen und der Polizei übergeben. Die Waffen wurden beschlagnahmt.

Kleine Auslandsnachrichten

Die italienischen Sozialisten verschachern ihre Presse! Mailand, 12. August. Wie hier verlautet, soll die Druckerei des „Avanti", des Zentralorgans der Sozialistischen Partei Italiens, an eine Kapitalisten-Gruppe verkauft werden. Die Käufer verpflichten sich aber, den „Avanti" weiterzudrucken und gleichzeitig die Herausgabe von „La Giranda", des Organs derjenigen sozialistischen Gruppe, die eine Zusammenarbeit mit den Fajzisten anstrebt.

Gegen England — für Sowjet-Rußland. Am 10. August fanden in Teheran (Persien) große antibritische Demonstrationen statt. Eine Delegation brachte der russischen Mission namens der Demonstranten die Versicherung **freundschaftlicher Gefühle gegenüber Sowjet-Rußland** entgegen.

Hungerstreik politischer Gefangenen in Litauen. Aus Kowno wird gemeldet: Siebzig politische gefangene Arbeiter, von denen sich zwanzig bereits seit drei Jahren in Untersuchungshaft befinden, sind in den Hungerstreik getreten. Sie fordern, sofort freigelassen oder vor Gericht gestellt zu werden. Dreißig der Gefangenen sind lediglich deshalb verhaftet worden, weil sie bei den Parlamentswahlen als Kandidaten der Arbeiterliste aufgestellt wurden.

Leitsätze zur politischen Lage

Angenommen vom Zentralausschuß der KPD.

I.

Die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage

Die gegenwärtige weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage wird gekennzeichnet durch zunehmende wirtschaftliche und politische Krisen und Erschütterungen in allen **kapitalistischen Staaten** einerseits und durch die langsame, aber stetige Konsolidierung der ökonomischen und politischen Verhältnisse in **Sowjet-Rußland** andererseits.

1. Das Ringen der beiden weltwirtschaftlich wichtigsten Länder, **Englands und Amerikas**, ist zurzeit mit der Konsolidierung der ökonomischen und politischen Kräfte im eigenen Lande beschäftigt und dadurch zu einem gewissen Stillstand gekommen.

In **Amerika** machen sich Anzeichen bemerkbar, daß trotz der Entwicklung des inneren Marktes und der Entfaltung des südamerikanischen und asiatischen Marktes, unter Fernhaltung von Europa und Boykottierung Sowjet-Rußlands, sich bereits deutlich die Schranke der gegenwärtigen amerikanischen Prosperitätskonjunktur zeigt. Politisch zeigt sich der zunehmende Klassengegensatz in der Entstehung einer Farmer- und Arbeiterpartei, die den tastenden Versuch darstellt, als Block einen kleinbürgerlich-sozialistischen Kampf gegen das Trustkapital zu organisieren. Die KAP. erstarkt durch die Anwendung der Taktik der Einheitsfront und der Losung der Arbeiter- und Farmer-Regierung.

Trotz der Versuche der Zusammenarbeit tritt der Gegensatz zwischen Amerika und England vor allem in den gegensätzlichen Petroleuminteressen zutage.

In **Japan**, von dem 1920 der Anstoß zum Zusammenbruch der Nachkriegskonjunktur ausging, hat bereits eine neue Krise eingesetzt.

2. **England** versucht sich weltwirtschaftlich auf das britische Weltreich zu konzentrieren und gleichzeitig eine engere Entente mit Amerika zu erzielen (Regelung der englisch-amerikanischen Schuldenfrage). Im Verlauf dieses Versuches hat es eine Besserung der Konjunktur erzielt, ohne jedoch die Krise vollständig überwinden zu können. Durch das Ruhrabenteuer hat sich die ökonomische Lage Englands verschlechtert (steigende Arbeitslosenziffer und soziale Zuspitzung). Politisch drückt sich das aus in einem Neuaufleben der radikalen Arbeitslosenbewegung, zunehmenden Arbeitskonflikten, Zunahme des Einflusses der kleinbürgerlich-sozialistischen Labour Party und in einer aufsteigenden Entwicklung und Konsolidierung der Kommunistischen Partei.

3. Der Versuch des **französischen Kapitalismus**, seine unbedingte Vorherrschaft in Kontinental-Europa aufzurichten und sich der weltpolitischen Vorherrschaft Englands und Amerikas zu entziehen, hat eine neue Aera des Wettrüstens in den für den kommenden neuen Krieg entscheidenden Waffengattungen zur Folge (Luftflotte, Unterseeboote, Kriegskreuzer, chemische Kampfmittel). Von diesem Gesichtspunkt ist auch die Besetzung des Ruhrgebiets zu betrachten. Sie soll dem französischen Kapitalismus die Vorherrschaft über das lothringisch-rheinisch-westfälische Industriegebiet sichern, ihm die Erleichterung seiner Schuldenlast bringen und Deutschland dauernd als Machtfaktor ausschalten, um letzten Endes dem französischen Imperialismus eine verbreiterte wirtschaftliche, politische und militärische Machtgrundlage zu sichern.

4. Die Staaten der **Kleinen Entente**, die mehr oder weniger Kunstprodukte der Machtpolitik der Großen Entente sind, werden durch den englisch-französischen Konflikt und den drohenden Zerfall der Großen Entente stark beunruhigt. Die Tschechoslowakei, Jugoslavien und Rumänien versuchen unter Ausschluß Polens und Ungarns, einen gemeinsamen Block zum Kampf um ihre Existenz zu schaffen. Die rußlandfeindliche Politik Polens, der Umsturz in Bulgarien und die Niederlage Griechenlands, des englischen Degens gegen die Türkei, sowie die gegensätzlichen Interessen des französischen, italienischen und englischen Kapitalismus, die in diesen Ländern gegeneinander ausgespielt werden, machen es aber unmöglich, einen gemeinsamen Renner für eine Lebensrettungspolitik der Kleinen Entente zu finden.

In der Tschechoslowakei ist eine kommunistische Massenpartei. In den anderen Ländern, in Polen und Rumänien sind illegale KP., die revolutionäre Kampferfahrungen und Traditionen haben, so daß sie im Falle eines Sieges des deutschen Proletariats über seine Bourgeoisie breite Massen mobilisieren können, um einen Ueberfall auf ein revolutionäres Deutschland mindestens stark hemmen zu können.

Die Furcht vor dem Erstarken Sowjet-Rußlands hat eine Annäherung zwischen Rumänien und Polen geschaffen.

Frankreich ist durch die Entwicklung der Kriegsindustrie und die Annexion Elsaß-Lothringens aus einem Staat, der vom Finanzkapital beherrscht wurde, zu einem Industriestaat geworden. Die Politik des Nationalen Blocks, die den Kleinbauern und Kleinrentnern Steuerfreiheit bringen sollte durch die Reparationszahlungen Deutschlands, ist immer mehr ins Schlepptau der Schwerindustrie, des Comitée des Forges, geraten. Das Comitée des Forges ist weniger interessiert an den Reparationszahlungen, wie am Zustandekommen des lothringisch-rheinisch-westfälischen Montanitrustes. Durch diese Politik sind die Finanzen Frankreichs ruiniert, hohe Steuern müssen aufgelegt werden, weil die den Wählern des Nationalen Blocks gemachten Versprechen nicht eingehalten werden. Das führt zum Abschwenken dieser Wähler zum Linksblock einerseits und zur Verschärfung der brutalen Mentonerpolitik Poincarés andererseits. Die Industrialisierung Frankreichs begünstigt die Entwicklung der Kommunistischen Partei. Die KPF. hat gelernt, eine gute kommunistische Propaganda gegen die Politik Poincarés zu treiben. Ihr Einfluß auf die entwickelten Schichten des Industrieproletariats wächst. Wenn sie organisatorisch gestärkt erst wirksam den Kampf gegen die konfusen anarchistischen Strömungen des Syndikalismus durchzuführen imstande ist, und sie macht auch hier Fortschritte, wird die KPF. immer mehr ein entscheidender Machtfaktor zur Sicherung der deutschen Revolution vor imperialistischen Angriffen.

5. Die **baltischen Länder**, Estland, Lettland und Litauen, haben ihre nationale Selbständigkeit bezahlt durch eine neue Abhängigkeit von den siegreichen Ententeländern und eine Verlangsamung der industriellen Entwicklung. Sie leben von der Ausplünderung des Durchgangsverkehrs nach Sowjet-Rußland und Raubbau in der Forst- und Landwirtschaft. Durch die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes und Verteilung desselben an die landarmen Kleinbauern und Kleinbürgerbevölkerung haben sie vorübergehend eine soziale Entspannung herbeigeführt, deren Grundlage jedoch schwindet. In Estland, Lettland und Finnland wurde die revolutionäre Arbeiterklasse nach der Niederwerfung zu Zehntausenden vernichtet. Trotzdem zeigt sich in Finnland, Estland und Lettland ein allmähliches Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei.

6. **Sowjet-Rußland** baut trotz fortdauerndem Finanzboykott durch die kapitalistischen Mächte im Rahmen der neuen ökonomischen Politik die Grundlagen seiner Wirtschaft, Großindustrie und Landwirtschaft neu auf, dehnt seine Handelsbeziehungen aus, geht zur Getreideausfuhr über, bringt seine Staatsfinanzen und seine Währung langsam wieder in Ordnung. Der Moment eines neuen, gewaltsamen Eingriffes der kapitalistischen Mächte in diese Entwicklung unter englischer Führung ist vorläufig nicht zur Entfaltung gekommen. Die Gefahr solcher Eingriffe dauert fort.

Sie wird stärker durch das Anwachsen der revolutionären Bewegung in Mitteleuropa, die gemeinsame Schritte des englischen, französischen und deutschen Großkapitals gegen die revolutionäre Bewegung in Mitteleuropa, sowie militärische Interventionen gegen Sowjet-Rußland zur Folge haben wird.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz

Ein Aufruf an die Landwirte

Der Magdeburger Regierungspräsident hat in der Sonderausgabe des Amtsblatts der Regierung zu Magdeburg unter dem 13. August 1923 folgenden **„Aufruf an die Bevölkerung des platten Landes"** veröffentlicht:

Die Bewohner der Städte, und zwar aller Städte, der Groß-, Mittel- und Kleinstädte, leiden **bitterste Mangel an den notwendigsten Nahrungsmitteln**, besonders an Kartoffeln, Fetten, Gemüsen und schließlich auch Fleisch, soweit dieses von der Bevölkerung der Städte überhaupt noch verzehrt wird.

Es kann nicht ausbleiben, daß auch im Regierungsbezirk Magdeburg, der bisher von schweren Erschütterungen durch die Ruhe und Besonnenheit seiner Bevölkerung und die zuverlässige Führung seiner Organisation bewahrt ist, nunmehr aus Verzweiflung unüberlegte Handlungen vorkommen.

Deshalb wende ich mich an die Bevölkerung des platten Landes, alles, was an notwendigen Nahrungsmitteln entbehrlich ist, mit gesteigerter Kraft aus Liebe zu den darbenden Volksgenossen in vaterländischer Erkenntnis herauszugeben.

Denkt an die Männer, die schwer arbeiten müssen, denkt an die Frauen und Kinder! Es geht in diesen Tagen um das Allerletzte in Deutschland!

Zu der Lebensmittelnot kommt der Mangel an Zahlungsmitteln. Es ist nicht genug Reichsgeld im Verkehr. Darum nehmt auf dem Lande auch die Geldscheine der Stadt- und Landkreise, die in Reichsgeld wieder eingelöst werden!

Bedenkt auch, daß Ihr die Preise nicht ungebührlich hochtreibt. Jedermann weiß, daß auf die Bedürfnisse der Bevölkerung auf dem Lande im Gelde gestiegen sind, aber erwägt, daß Eure Preisforderungen wieder neue Lohnforderungen hervorbringen und daß diese Lohnforderungen auch wieder Euch selbst die Gegenstände Eures Bedarfes verteuern.

Magdeburg, 13. August 1923.

Pohlmann, Regierungspräsident.

Pohlmann ist ein Bürgerlicher, der Regierungspräsident in Merseburg, der Sozialdemokrat Bergemann, gibt sich mit solchen Dingen gar nicht erst ab. Der sendet, wenn Hungerdemonstrationen der arbeitenden Bevölkerung stattfinden, die Schupo in die betreffenden Ortschaften und läßt die Demonstranten einfach niederknallen. (Siehe die Vorgänge in Zeitz.) Und sein Amtskollege Hörsing, ebenfalls Sozialdemokrat, hilft dabei mit. Wahrlich, nette Sozialdemokraten! Die Arbeiter, die noch in der sogenannten VSPD. organisiert sind, sollten dieser Partei, in der solche Leute maßgebend sind, schleunigst den Rücken kehren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0003

Für den Kampf gegen Hunger, Faszismus und Kriegsgefahr

wurden gesammelt auf Listen:

Nr. 57 101: 615 400 Mk., Hallische Gußwerke; Nr. 57 103: 648 300 Mk.; Nr. 57 104: 214 500 Mk.; Nr. 57 105: 21 000 Mk.; Nr. 15 852: 700 000 Mk., Alte Zementfabrik, Bau Lingesleben; Nr. 16 967: 161 000 Mk.; Klinische Anstalt, Maggdeburger Straße; Nr. 16 931: 383 800 Mk., Chem. Buckau, Ammendorf; Nr. 16 932: 237 000 Mk., Chem. Buckau, Ammendorf; Nr. 16 933: 205 000 Mk., durch Gen. May; Nr. 16 940: 65 000 Mk., durch Gen. Matthäi; Nr. 16 942: 222 000 Mk., Elektrizitätswerk; Nr. 16 944: 343 000 Mk., durch Gen. Groß; Nr. 16 957: 225 000 Mk.; Ziegelei Sennewitz; Nr. 16 960: 1 262 000 Mk., Engelhardt-Brauerei; Nr. 16 962: 275 000 Mk.; Wegelin & Hübner; Nr. 16 963: 345 000 Mk. G. L. Eberhardt, Halle; Nr. 16 964: 144 000 Mk.; Waiß & Freytag, Braunsdorf; Nr. 16 967: 205 000 Mk., Wegelin & Hübner; Nr. 16 968: 397 000 Mk., Wegelin & Hübner; Nr. 16 970: 130 800 Mk., Stahlwerk Frankleben; Nr. 16 971: 292 000 Mark, Waiß & Freytag, Braunsdorf; Nr. 16 973: 884 500 Mk.; Allg. Ortskrankenkasse, Halle; Nr. 16 979: 342 000 Mk., Schmidt, Königstraße; Nr. 16 980: 346 000 Mark, Weise Söhne; Nr. 16 981: 386 500 Mk., Weise Söhne; Nr. 16 983: 121 000 Mark; Bauausführung; Nr. 16 986: 191 000 Mk., Haaßengier, Metallgießerei; Nr. 16 987: 279 000 Mk., Drescher, Halle; Nr. 16 988: 120 000 Mk., Südfriedhof, Halle. Summa: 8 499 800 Mk.

Weißenfels. Sympathiekundgebung der Eisenbahner. Infolge der rigorosen Haltung des Verbandes der Arbeitgeber der Schuhindustrie, anläßlich der Verhandlungen über die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit sahen sich die Eisenbahner von Weißenfels veranlaßt, in folgender Entschließung der kämpfenden Arbeiterschaft ihre vollste Sympathie auszudrücken: Die heute am 15. August 1923 in Schumanns Garten stattfindende gutbesuchte Versammlung der dem ADB. angeschlossenen Eisenbahner-Gewerkschaften, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Angebot, welches die Arbeitgeber der Weißenfelser Arbeiterschaft zu machen wagte. Sie drückt der um ihre nackte Existenz kämpfenden Arbeiterschaft ihre vollste Sympathie aus und sichert ihr jede moralische Unterstützung zu. Daß sämtliche Gewerkschaftskollegen auch durch finanzielle Hilfe in jeder Weise ihre Pflicht tun, setzt die Versammlung als selbstverständlich voraus.

Wolfen. Praktiken des Wuchers. Auch in unserem Orte gewöhnen sich einzelne Geschäftsleute die Eigenschaften der Ausbeutung der Verbraucher an. Trotzdem festgestellt ist, daß ein Fleischermeister in einer Woche drei Schweine für die hungernden Proletarier geschlachtet hat, war das Geschäft geschlossen, weil eben die Räucherkammern das nötige tun, um die Waren den Konjunkturpreisen anzupassen. Hat es doch Unwillen selbst unter den Zünftlern erregt, die noch etwas Mitgefühl in bezug auf Belieferung für die Einwohnerschaft haben. Oder sollten, da der Bahnhof in unmittelbarer Nähe sich befindet, die zurückgehaltenen und geräucherten Waren einen anderen Weg gehen? Möglich ist es schon. Nicht anders verhält es sich mit einzelnen Neuschiebern, die schon Telephonanschluß gebrauchen, um die Preise besser verstehen zu können. Es wäre ratsam, endlich mal den Kellern und Böden eine genaue Untersuchung angedeihen zu lassen. Was sagt die Arbeiterschaft zu solchen Praktiken einzelner Geschäftsleute? Hat nicht die schlotternde Angst dieser Helden am 29. Juli klar bewiesen, wes Geistes Kinder diese Helden sind? Die Arbeiterschaft ist wohl gut, ihre Ware dort zu kaufen, aber zur Arbeiterschaft zu halten, dazu fehlt dieser Gesellschaft jeglicher Mut. Wir möchten nicht unterlassen, unseren Kreiskontrolleur Pahl darauf hinzuweisen, einmal etwas genauer zu untersuchen; es würde manches zutage befördert werden, was der Allgemeinheit zugute kommen könnte. Dann aber heraus mit den Namen dieser Parasiten am Volkskörper!

Eilenburg. Unwetter. Das am Mittwochabend plötzlich heraufziehende Unwetter, das von reichlichen Niederschlägen begleitet war, ging hier noch einigermaßen glimpflich vorüber. Ein ergiebiger, stundenlanger Regen brachte den Fluren und Kulturen die erwünschte Erquickung nach heißen, trockenen Sommertagen. Dagegen schlug in Mocherwitz westlich Krensitz ein Blitz in die große Scheune des Ortsschulzen Schröder, die sofort in Flammen aufging. Reiche Vorräte der diesjährigen Roggen- und Gerstenernte, die in ihr lagerten, fielen mitsamt dem massiven Bau dem Element zum Opfer.

Provinz-Chronik

Neuhaldensleben. Der Bäckermeister Zimmerhöker aus Klein-Wanzleben wollte für 1200 Mark Ein- und Zwei-Mark-Scheine umwechseln, fand aber keinen Abnehmer. Darauf verkaufte er es an einen Lumpensammler als Altpapier, und bekam dafür 2000 Mark. Das sagt genug! — **Halberstadt.** Einem hessischen Händler wurden hier 50 Millionen entwendet, die er auf seinen Wagen, in Papier verpackt, gelegt hatte. — **Laucha.** Magistratsseitig erhielten hier alle Sozialrentner und Kleinrentner, sowie bedürftige Alte je 4 Pfund Stadtkirschen, ebenso die Schulkinder. — **Eisleben.** Wegen unglücklicher Familienverhältnisse sprang hier eine bejahrte Frau in Eilerts Teich, wurde aber von einem Herrn gerettet. — **Gorbemitz.** Beim unvorsichtigen Hantieren mit seinem Gewehr tötete ein hiesiger Flurwächter einen zweiten durch einen Schuß in den Kopf. — **Merseburg.** Von einem Zuge totgefahren wurde auf der Strecke nach Rößen der Gastwirt Oswald Zech aus Pleißmar. — **Stendal.** Eine Milliarde wurde für einen Bullen auf der 104. Zuchtvieh-Versteigerung in der Viehhalle gezahlt.

Vom Tage

Hochpatriotische Betätigung. Dem Münchener Hofbräuhaus ist anläßlich des deutschvölkischen Turntages ein Schaden von 62 Millionen Mark entstanden. Die Ursache ist, daß viele Festbesucher sich einen Maßkrug zum „Andenken“ mitnahmen. **Bis jetzt sind 5000 Original-Maßkrüge als gestohlen festgestellt.** Man vermutet, daß die Hakenkreuz-Turner die Maßkrüge als „durchschlagende Argumente“ benutzen wollen. Außer den Maßkrügen sind **480 Paar Eßbestecke und etwa 1000 Dessertteller verschwunden.** Die Faszisten wollten damit wohl beweisen, daß sie auch für die „Sachwerterfassung“ und „Beschlagnahme des Privateigentums“ sind. Wenn sie noch einige solche Experimente machen, werden sie sicherlich noch größeren Zuzug bekommen. Wir beglückwünschen Hitler zu seinen tapferen Truppen.

Zusammenstoß zweier Dampfer. Zwischen dem britischen Dampfer Artemisia und dem Dampfer Douglas fand ein Zusammenstoß statt, bei der der Douglas fast durchschnitten wurde. Das Schiff sank innerhalb 20 Minuten. 20 Passagiere und 30 Mann Besatzung konnten mit größter Mühe gerettet werden.

Schweres Automobilunglück. Ein mit sieben Personen besetztes Auto der Oberschlesischen Holzindustrie in Beuthen wurde am Bahnübergang, weil die Schranke geöffnet war, von einem Güterzuge erfaßt. Fünf Personen wurden herausgeschleudert. Ein zweiter Güterzug erfaßte dann das Auto, schleppte es 50 Meter weit und zertrümmerte es, der Chauffeur und eine junge Dame wurden schwer verletzt.

Leser des „Klassenkampf“! Für die Zeit vom 16. bis 31. August beträgt der Abonnementspreis einschließlich Trägerlohn netto

385 000 Mark

Die Gründe, die zu dieser gewaltigen Steigerung geführt, sind bekannt. Um den verschärften Zahlungsbedingungen Rechnung tragen zu können, müssen unsere Trägerinnen **sofort kassieren und abrechnen.** Wir bitten dringend, den Betrag bereitzulegen. Diese Bitte ergeht zugleich an unsere **Postbezieher,** die zur Ueberweisung des Betrages die übliche **Zahlkarte** benutzen wollen, die demnächst der Zeitung beiliegt.

Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Das größte und schönste Unternehmen, welches seit Menschengedenken hier gastierte!

Strassburgers
einzig in Europa existierender
3-Masten-Zirkus mit 2 Manegen
3679

kommt nach einem wahren **Triumphzuge durch die süddeutschen Großstädte** mit einem **ungeheuren Aufgebot an Menschen und Tieren, lebendem und totem Material** zu einem **kurzen Gastspiel nach Halle** und nimmt Aufstellung auf dem gesamten großen Gelände des **Exerzierplatzes, Dessauer Straße.**

10 neue Riesenzelte! | Ein großer Wagenpark! | Eig. Sonderzüge! | Große Menagerie! | Die besten Artisten vom Zirkus und Varieté! | Nahe 300 Personen sind für das Unternehmen tätig

Halle-Saale!! Exerzierplatz
Eröffnung: Sonnabend
18. August 1923.
Vorverkauf Zigarrenhaus Steinbrecher & Jasper, Markt 1 — Telephon 6369

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107601. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Fraktionssitzung der kommunistischen Maler und Lackierer. Sonnabend, 18. August, abends 8 Uhr, in Teichmanns Restaurant: **Wichtige Fraktionssitzung.** Jeder Kommunist hat zu erscheinen.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Mansfelder Gebirgskreis

Mansfeld. Sonntag, 19. August, abends 8 Uhr im „Mansf. Hof“: **Oeffentl. Vers.**

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14** Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. ‚Volkspark‘: **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor. Mittwoch, 8. Aug. ab. 8 Uhr, i. ‚Volksp.‘: Singestunde.

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel Mitgl. d. Kommun. Arb.-Sänger-Bds. Vereinslokal: ‚Lüder. Berg‘, Reilst. Jed. Freitag, abds. 8 U.: **Singestunde.** Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20 (Neben-Eingang). Jeden Freitag, v. 7 bis 10 Uhr (auch f. d. Ferienheim-Genossenschaft): Zahlabend sowie Ausgabe von Karten u. Büchern u. Fahrtbesprechung. Jeden Dienstag, ab 7 Uhr: Zusammenkunft d. Bez.-Gruppen Nord: Wittekindschule, Mitte: Laurentiusstr. 29, Süd: Torschule, Zimmer 52. Freitag, ab. 7½ Uhr, i. Heim, Laurentiusstr.: Musikgruppe (Notenspieler). Sonntag: Besuch d. Provinz-Museums Ab 10 Uhr: Pfälzer Schießgraben — nachmitt.: Teilnahme a. Gewerkschaftsfest Montag, ab. 7 Uhr, i. Heim, Weidenplan 20: Versammlung d. Musikgruppe. Besprechg. zwecks Gründung e. Gesangsgruppe.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jeden Dienstag Uebungsstunde a. d. Sandanger, bei schlechtem Wetter Charlottenschule.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Heute, ½8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Proletar. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: ‚Lüder. Berg‘. Heute, Freitag, ½8 Uhr, in ‚Lüderitz Berg‘: ‚Unterricht‘. Sonnabd., ½8 Uhr, in ‚Lüderitz Berg‘: Uebungsstunde der Musikabteilung. Sonntg.: Nachmitt.-Tour. Abm.: 2 Uhr von ‚Lüder Berg‘. — ab.: Zusammenkunft der Heimkommission i. ‚Lüd. Berg‘.

1. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr. Sonnabend: Bez.-Kassier abrechnen. — Fahrt nach Bernburg zum Bezirkstag d. Gaues Anhalt-Magdeburg. Treffen: 5.45 Uhr, am Bahnhof. Abfahrt, ab. 6.31 Uhr.

Arb.-Radfahr.-Bund ‚Solidarität‘, Halle. Sonntag, d. 19 Aug.: Tour nach Sennewitz. Abf.: 1 Uhr, von Starke, Reilstraße. Freitag d. 24. Aug., im ‚Volksp.‘: Versammlung.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Uebungsstunden im Florabad. Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr für sämtl. Abteilungen.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausstr. 16 Freitag, nachmitt. 3 Uhr: Spielen a. der Peißnitz.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr. Bibliothek: Mittwoch von 8-9 Uhr. Heute, abds 8 Uhr, im Heim: Funktionär-Sitzung. Sonntag: Ausflug. Treffp.: Hallmarkt, 2 Uhr. Montag, im Heim: Mandol.-Uebungsstunde.

Trotha

Arb.-Bildungs-Verein, Trotha Lokal: Troth. Ballsäle Dienstag, 8 Uhr: Dramat. Abteilg. Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg. Freitag, 6 U.: Kinder-Mandol.-Abtg. Freitag, 8 U.: Jgd.-Mandol.-Abteilg.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz Vereinslok. Lindenhof Uebungsstunden. Gesangs-Abteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt.: heute, Dienstag, Stunde f. Anfänger und des Quintetts von 7—9½ Uhr, u. Donnerstag von 7—9 Uhr für alle. Erschein. ist Pflicht. Mitgliedskart. mitbringen.

Konsumverein für Dieskau u. Umgegend
Sitz Zwintschöna
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 19. August, nachmittags 2½ Uhr, im „**Gasthof Horn**“, Zwintschöna:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht über das Geschäftsjahr 1922/23. Revisionsbericht des Aufsichtsrats. Genehmigung der Bilanz. Entlastung des Vorstandes.
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Kassierer), zweier Aufsichtsratsmitglieder und Ersatzmänner.
3. Statutenänderung §§ 5 und 7.
4. Anträge der Mitglieder. (Selbige müssen bis Dienstag, den 14. August, beim Vorstand eingereicht werden.)
5. Genossenschaftliches. *446

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Paul Egert.

Konsumverein Liesfau u. Umg.
G. m. b. H. *455

Sonnabend, den 25. August 1923, abends 8 Uhr, in Tenners Lokal:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Aenderung der §§ 44, 46 und 49 des Statuts.
2. Genossenschaftliches

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Richard Krietsch.

Konsumverein Gleslen und Umg.
e. G. m. b. H.

Sonntag, den 19. Aug., nachm. 4 Uhr, im Gasth. Ennewitz:

Außerordentliche

Generalversammlung.

Tagesordnung: *440

Aenderung der §§ 56, 57, 58 (Erhöhung des Geschäftsguthabens, der Haftsumme und des Einschreibegeldes).

Für den Aufsichtsrat: Otto Kunert.

In **Bitterfeld** befindet sich die Expedition des

Klassenkampf

in der **Burgstr. 41** (Vertreter: Alfred Brauer)

Bestellungen auf den „Klassenkampf“, sowie Anzeigenaufträge werden daselbst entgegengenommen. Auch erfolgt durch unseren Vertreter die Belieferung aller **kommunistischen wie schöngeistigen Literatur,** sämtlicher Zeichenutensilien, **Schul- und Schreibwarenartikel** usw.

Bekanntmachung.
Am schwarzen Brett: **Krankenhaus-Verpflegungskosten.** *454
Delitzsch, den 15. August 1923.
Magistrat Delitzsch.

Drucksachen aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Halle-Saale Exerzierplatz! Telephon 8515
3-Masten Zirkus Straßburger. 3680
Morgen, Sonnabend, 18. August, abends 7½ Uhr: **Eröffnung!** 65 Sensationen in 2 Manegen.
Billets Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1. Telephon 6369. Zirkuskasse 10 bis 1 Uhr und 1 Std. vor Beginn. Am Sonnabend Zirkuskasse ab 4 Uhr nachm. ununterbrochen geöffnet.

Unser Lied. Liederbuch mit Noten, Notenlehre, einig. Worten zum Mandolinen- und Gitarrespiel. **Ueber 250 Kampf- und Wanderlieder** Zu beziehen durch die **Bezirks-Zentralbuchhandlg., Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14** und deren Filialen.

Erklärung. Die Worte, die ich gegen Anna Jahn ausgestoßen habe, nehme ich zurück. **Osw. Schneider.**

Eisleben.

Vereine

Arbeit.-Sportvereinigung „Ludwig Jahn“, Eisleben. Dienstags u. Freitags 8—10 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabtlg. Jed. Sonntag nach d. 15. i. ‚Volksh.‘: Monatsversammlg. Schwimmabteilung: Jed. Sonntag nach dem 1. i. ‚Bürgergarten‘: Versammlg.

Internat. Bund all. Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben. Jeden Donnerstag: Beratungsabend. Jeden 1. Montag, nach dem Monatsersten: Mitgliederversammlung. 476

Freier Sängerchor Vereinsl.: ‚Volkshaus‘ Jed. Freitag, abends 8 Uhr: Singestunde. Sangeslust. Genoss. stets willkommen.

Arbeit.-Samarit.-Kolonne Eisleben. 504 Jed. Sonntag vorm. Uebungsstunde im Jugendheim unter ärztlicher Leitung.

Gemischter Chor, Eisleben Dienstag u. Freitag: Singestunde. 503

Arb.-Samarit.-Kol. Hettstedt u. U. Jeden Donnerstag von 8—10 Uhr in d. Turnhalle Burgörner-Neudorf: **Uebungsstunde.** Tel. 276, Hettstedt. Sonntag, 19. August, Besichtigung des anatomisch. Instit. Abfahrt früh 5.22, Staatsbahn über Sandersleben.

Frauenduschen, Doppelklisos, Spülmittel, Menstruationstropfen und -Tee. 550 **Ernst Gärtner** Eisleben, Breiter Weg 6.

Neustadt-Theater. Niemand versäume unseren fabelhaften Spielplan! Ab heute täglich der große erstklassige amerik. Wild-West-Film: **Die Tochter der Wildnis.** 6 Akte Original-Wild-West-Schauspiel aus dem schneebedeckten Alaska. **Max Landa, Hanni Weiße** in: **Der Passagier von Nr. 7.** Der Mord im D-Zug. Im falschen Verdacht. Der wirkliche Täter. Die wilde Jagd. Spannender Detektiv-Abenteuerfilm mit dem Gentleman-Detektiv Max Landa.
588] **Die Direktion.** Aug. Barges.

Getragene gebrauchte Sachen Wäsche, Anzüge, Uhren, Ringe, Ketten, Schuhe, Musikinstrumente, Nähmaschine, Grammophon, Damensachen usw. usw. **kauft und verkauft** 551 **Hilbert,** An- und Verkauf, **Breiter Weg 75.**

Volks-Buchhandlung Eisleben, Breiter Weg 8 empfiehlt: **Sämtliche Schulartikel** zu billigen Preisen **Sämtl. polit. aktuelle Schriften und Bücher. Kommunistische Literatur Wissenschaftliche Werke.**

Bekanntmachungen.

Die Kurkosten im städtischen Krankenhause sind rückwirkend vom 10. August an erhöht worden. Die Kurkostensätze können aus der ausgehängten Bekanntmachung am Rathause und im städtischen Krankenhause ersehen werden.
Eisleben, den 15. August 1923.
590 **Der Magistrat.**

Wer zum diesjährigen Wiesenmarkt ein Schankzelt errichten will, wird gebeten, Anträge bis zum 31. August einzureichen.
Eisleben, den 13. August 1923.
589 **Die Polizeiverwaltung.**

Kleinere Mengen vollwertiges Hammelfleisch am Sonnabend, ab 8 Uhr, im Schlachthof Eisleben zu verkaufen.
Eisleben, den 16. August 1923.
587 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0004

Nr. 191. — 3. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

Halle, 17. August 1923

Halle und Saalkreis

Halle, den 17. August 1923.

Mitteilungen der Zentral-Streikleitung

Die Zentralstreikleitung beruft für Sonnabend, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, nach Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14 (Produktiv-Genossenschaft), eine Sitzung ein. An dieser Sitzung sollen außer den Industriegruppen und Gruben des Streikgebiets je ein Vertreter der örtlichen Streikleitungen teilnehmen. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

*

Bei der Wiederaufnahme der Arbeit versuchen die Unternehmer Maßregelungen vorzunehmen. Wir fordern die Kollegen zur strengsten Solidarität auf und erwarten, daß sie auf die Einstellung aller Streikenden bestehen. Die Streikleitungen müssen sofort die gemaßregelten Kollegen feststellen und die Namen der Bezirkszentralstreikleitung umgehend übermitteln.

Demagogen

Was sich das „Volksblatt" während der Tage des Streikes an Demagogie und Verleumdung geleistet hat, übersteigt das Maß alles dessen, was man von dieser Seite bisher bereits gewöhnt war. Während man aber auf der einen Seite von „kommunistischen Verbrechern" spricht, die die Arbeiterschaft in ein neues Blutbad führen wollen, ereifert man sich sonderbarerweise auf der anderen Seite darüber, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse, welche doch zweifellos zu den lebenswichtigen Betrieben gehört, nicht in den Streik getreten ist. Die Verärgerung, die aus diesen Zeilen spricht, hat ihre Ursache nicht nur darin, daß man sich um die willkommene Gelegenheit gebracht sah, den bösen Kommunisten auch „verbrecherische Handlungen" an den armen Kranken vorwerfen zu können, deren Schicksal den Artikelschreibern nebenbeibemerkt ebenso schnuppe ist, als das der hungernden Massen. Wir kennen die wirklichen Gründe und wollen der VSPD. einige interessante Tatsachen mitteilen, in der Hoffnung, dem Artikelschreiber das Maul damit gestopft zu haben. Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß wir bei den Angestellten der AOK. keine ausgesprochene kommunistische Mehrheit besitzen. Richtig ist allerdings, daß unsere dortigen Genossen das Vertrauen der Belegschaft in weit stärkerem Maße genießen, als die dem Artikelschreiber nahestehenden und geistesverwandten Spitzenkandidaten der wilden Betriebsratsliste, Domsch und Liesegang. Diese beiden Mustersozialdemokraten haben es verstanden, durch ihre Schiebereien und Quertreibereien in Gemeinschaft mit ausgesprochenen Gegnern der Gewerkschaften die Kasse dem reaktionären Geschäftsführer Riemer und den Aufsichtsbehörden auszuliefern, um jede Gewerkschaftsarbeit erheblich zu erschweren. Zur Charakterisierung mag hier nur dienen, daß die von Domsch und Liesegang mit allen Intrigen mühsam geschaffene „zweite Gewerkschaftsliste" inzwischen bereits drei Unorganisierte aufweist, die es vorgezogen haben, ihre gelbe Gesinnung nicht mehr zu verbergen und die Konsequenz aus ihren Handlungen zu ziehen. Domsch und Liesegang haben bisher den Mut noch nicht gehabt. Wieweit der letztere „alte Gewerkschaftler" bereits jedes proletarische Anständigkeitsgefühl verloren hat, mag die Tatsache beleuchten, daß Liesegang in einer Betriebsratssitzung mit dem Vorsitzenden der Kasse am vergangenen Freitag seinem Parteigenossen, dem Kollegen Deininger, allen Ernstes öffentlich nahelegte, doch die Betriebsratssitzung zu verlassen, damit der Geschäftsführer Riemer an der Sitzung teilnehmen kann. Wir empfehlen dem Artikelschreiber, sich bei seinen Parteigenossen Ferchlandt und Deininger zu erkundigen, die ihm unsere Auffassung über das gewerkschaftsschädigende Verhalten des Domsch und Liesegang gern bestätigen werden, erklären uns jedoch gern bereit, dem Wunsche nach einer Mitteilung weiterer Heldentaten dieser „alten Gewerkschaftler" nachzukommen. Domsch und Liesegang, die die seinerzeitige Entlassung der drei Betriebsratskollegen Kölz, Claus und Wiechmann ebenfalls zu den „Erfolgen" ihrer „gewerkschaftlichen Tätigkeit" buchen können, haben nur darauf gewartet, den Streikbruch in Gemeinschaft mit den faszistischen Elementen der Belegschaft und den Aufsichtsbehörden organisieren zu können, um unsere Genossen wieder einmal abzuhalftern. Darüber der Aerger über die nicht erfolgte Stillegung der AOK. Uns ist die AOK. ein Institut der hallischen Arbeiterschaft. Wir hoffen, den Riemer, Domsch, Liesegang und Konsorten das Spiel noch gründlich verderben zu können. Das wachsende Vertrauen der Belegschaft zu unseren Genossen auch in diesem Betriebe und das glänzende Fiasko der „wilden Betriebsratsliste" samt den Blamagen des Geschäftsführers Riemer geben uns die Bürgschaft dafür. Dieser ganze Klüngel um Riemer hat seine schwache Hoffnung auf die Möglichkeit von neuen Maßregelungen gesetzt. Wir besitzen jedoch leider nicht das Maß von Verantwortungslosigkeit und Blödigkeit, das die Schmierfinken vom „Volksblatt" bei uns ständig festzustellen versuchen. Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, daß sich die Reinigung einer Partei, welche infolge der Korrumpierung ihrer Führer nicht mehr die Kraft aufbringt, sich von solchen Elementen, wie sie Domsch und Liesegang sind, zu befreien, in umgekehrter Weise vollzieht, indem ihr die anständigen Proletarier den Rücken kehren.

* **Weitere Erhöhung der städtischen Umzugskostenbeihilfen.** Um solchen Familien und Einzelpersonen, die infolge der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr in der Lage sind, ihre Wohnungen halten zu können, die Zusammenlegung ihrer Haushaltung mit einer anderen am Ort zu ermöglichen, hat sich das Wohnungsamt veranlaßt gesehen, die Umzugskostenbeiträge für jedes freigemachte Zimmer über 12 Quadratmeter bis zu 3 Millionen Mark und für jedes kleinere Zimmer bis zu 2,5 Millionen Mark im Höchstfalle zu erhöhen. Bei Fortzügen nach außerhalb können nach wie vor die vollen Umzugskosten erstattet werden. Die näheren Bestimmungen, unter denen Umzugskostenbeihilfen gewährt werden, liegen im Wohnungsamt aus. Bisher haben durch die Beihilfen rund 100 Wohnungen freigemacht werden können.

* **Der Zirkus Straßburger** eröffnet morgen abend, 7½ Uhr, auf dem Exerzierplatz sein hiesiges Gastspiel mit einer prunkvollen Eröffnungsvorstellung. 65 Sensationen in 2 Manegen.

* **Feuer.** Am Mittwochmittag wurde die Feuerwehr nach dem Canenaer Weg gerufen. Dort war am Bahndamm der Strecke Halle—Leipzig eine größere Grasfläche infolge Funkenflugs einer Lokomotive in Brand geraten. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde die Feuerwehr nach der Röserstraße gerufen. Beim Eintreffen stellte sich heraus, daß die Alarmierung unbefugt erfolgt war. Die Ermittlung nach den Tätern blieb erfolglos.

* **Eine Leiche gelandet.** Heute morgen gegen 5 Uhr wurde an der Saalschloßbrauerei die Leiche eines hiesigen Einwohners gelandet. Zweifellos liegt Selbstmord vor.

* **Wem gehört das Fahrrad?** Anfang August wurde der Kriminalpolizei ein herrenloses Fahrrad, Marke „Heros" übergeben. Der Eigentümer wolle sich beim Krim.-Bez. IV, Zimmer 71, des Polizeihauptdienstgebäudes melden.

* **Für 60 Millionen Aktien verschwunden!** In der Zeit vom 21. bis 23. Juli sind aus einer hiesigen Druckerei 500 Aktien der Eisenacher Bank in Eisenach mit den Nummern 62 001 bis 62 500, Ausgabe April 1923, nebst den dazugehörigen Gewinnanteilscheinen für die Jahre 1923 bis 1932 verschwunden.

* **Ein Bund Schlüssel** verloren in der Produktiv-Genossenschaft. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben im Verlag Klassenkampf abzugeben.

Nietleben. Nächtliche Schießereien. In der letzten Zeit hörte man fast jede Nacht wilde Schießereien. Wie festgestellt werden konnte, handelt es sich um Schüsse, die von den Flurhütern abgegeben wurden. Diese Leute scheinen eine besondere Freude an der Knallerei zu haben. Pflicht der Behörden aber ist es, daß sie gegen diesen Unfug einschreiten. Denn die Bewohner von Nietleben werden durch diese Schießereien nicht nur in ihrer Nachtruhe gestört, sondern es werden auch Menschen gefährdet. Die Arbeiterschaft ist über den Unfug sehr erregt und verlangt Abhilfe. Schreiten die Behörden nicht ein, so werden die Arbeiter für Abhilfe sorgen.

Der vollkommene Zusammenbruch naht!

Arbeiter, rüstet zu neuen Kämpfen!

Kaum hat sich die Koalitionsregierung Stresemann-Hilferding etabliert, so schreit neben der bürgerlichen Presse auch die sozialdemokratische Presse von einem „Preissturz", von einem „Nachlassen der Lebensmittelpreise". Das „Volksblättchen" ist ganz entzückt und glaubt, daß dieses „Nachlassen der Lebensmittelpreise" auf die Maßnahmen der Großen Koalition zurückzuführen ist. Wir können wohl verstehen, daß es ein inniger Wunsch der Koalitionsparteien ist, daß die Preise fallen. Aber es ist noch nicht Tatsache; die Preise für alle Bedarfsartikel springen täglich, stündlich weiter ganz rapid in die Höhe. Wenn auch ein Pfund Schmalz im Preise um 50 000 oder gar um 100 000 Havenstein-Hilferdingscher Rubel billiger geworden ist, so ist das doch kein Preissturz. Diese Mitteilung soll die erregten hungernden Massen nur beruhigen, und die Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten dämpfen.

Die sozialdemokratische Presse spielt jetzt dieselbe Rolle, die die bürgerliche Presse spielte, als Cuno mit Unterstützung der sozialdemokratischen Führer die Mark „stabilisierte", und solange stabilisierte, bis die kaputtgeschossene deutsche Mark von den Schiebern und Gaunern vollständig kaputtspekuliert worden war, und das Elend der hungernden Massen derartig gesteigert wurde, daß sie aufstanden und den Stabilisierungsminister Cuno von seinem Ministersessel fortjagten.

Jetzt beginnt derselbe Schwindel. Die sozialdemokratische Presse versucht mit allen Mitteln, die Große Koalition bei den hungernden Massen populär zu machen. Wenn vielleicht gestern noch ein Pfund Schmalz um einige Tausend Mark billiger geworden ist, so ist diese Verbilligung heute oder morgen schon nicht mehr wahr. Denn eine neue ungeheure Preisrevolution von unausdenkbaren Dimensionen bereitet sich vor. Die Arbeiter, besonders diejenigen, die sich durch die erbärmlichen Verleumdungen und Verhetzungen der sozialdemokratischen Führer von dem letzten großen Hungerkampf noch abhalten ließen, werden morgen durch die Entwicklung erkennen müssen, daß die Koalitionsregierung mit **den Sozialdemokraten nur ein Personen-, nicht aber kein Kurswechsel ist.** Die neue Katastrophe wirft bereits ihren Schatten voraus. Der vollkommene Zusammenbruch kann nur noch eine Frage von kurzer Zeit sein. Dann wird die Arbeiterschaft erneut auf den Plan treten müssen, dann wird sie erneut kämpfen müssen. Dann wird sie aber vielleicht nicht mehr um das Stück trockene Brot kämpfen, nicht um die Festsetzung eines Stundenlohnes von 60 Goldpfennigen, nicht um eine Wirtschaftsbeihilfe von 20 Millionen, sondern, **dann wird sie um die Macht kämpfen müssen.** Gestern noch haben die sozialdemokratischen Führer über die Forderungen der Arbeiter gehöhnt, morgen vielleicht schon werden sie von dem Sturm der erregten Massen beiseitegeschoben.

Für diese Kämpfe gilt es jetzt zu rüsten und eine noch breitere Basis zu schaffen, als der jetzt abgebrochene Kampf hatte.

*

Die Großhandelspreise um 54 Prozent gestiegen

Unter der akuten Devisensteigerung in der Vorwoche hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes vom 483 461 fachen des Friedensstandes am 7. August auf das 663 880 fache am 14. August, d. h. um 37,3 Proz., gehoben. In der gleichen Zeit ist der Dollarkurs in Berlin von 3,3 auf 3 Millionen Mark, d. h. um 10 Prozent, zurückgegangen. Dieser Bewegung folgten zunächst die Einfuhrwaren mit einer leichten Senkung von dem 854 903 fachen auf das 832 770 fache oder um 2,5 Prozent, während die übrigen Warengruppen noch eine Steigerung ihres Preisniveaus aufwiesen, und zwar die Lebensmittel im Großhandel von dem 349 021 fachen auf das 422 356 fache oder um 21 Prozent, die Industriestoffe von dem 734 806 fachen auf das 1 115 425 fache oder um 51,8 Prozent und die Gruppe der Inlandswaren von dem 409 173 fachen auf das 630 102 fache oder um 54 Prozent.

*

Die Landarbeiter im Saalkreis im Streik

In Hohenthurm, Landsberg, Petersberg, Niemberg demonstrierten die Landarbeiter wegen Entlassung des Betriebsrats von dem Rittergut Niemberg und drohen mit der Einstellung der Notstandsarbeiten, wenn der Betriebsrat nicht wieder eingestellt wird. In Hohenthurm ist Sipo eingetroffen, die die demonstrierenden Landarbeiter auseinanderjagen soll. Den Landarbeitern werden die Stöcke abgenommen, die sie im Besitz haben.

*

Erneuter Streik bei Frank Söhne

Die etwa 500 Mann starke Belegschaft der Firma Heinrich Frank Söhne, Raffineriestraße, ist heute morgen erneut in den Streik getreten. Die Firma weigerte sich, die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter anzuerkennen.

*

Zum Streik bei der Halleschen Wach- und Schließgesellschaft wird uns von der Firma folgendes mitgeteilt:

„Unsere Löhne für Revierwächter bei 7stündigem Dienst betragen seit dem 5. August monatlich 7 800 000 Mk., das sind pro Stunde 37 280 Mk., nicht 16 250 Mk. Von einer Ablehnung einer 100prozentigen Erhöhung ist uns nichts bekannt. Die eine Million Mark Vorschuß sollte nicht von obigen Löhnen abgezogen werden, sondern von einem ab Montag in Aussicht genommenen, einigermaßen zeitgemäßen Lohn. Ein früherer Termin zur Erhöhung der Löhne war uns nicht möglich, da wir uns gemäß unserm Tarif den Abonnenten gegenüber mit unsern Preisen bis dahin verpflichtet haben.

*

Die Große Koalition beginnt zu arbeiten

Ungeheure Erhöhung der Eisenbahntarife

Wir haben bereits gemeldet, daß ab 20. August die Personentarife um 600 Prozent erhöht werden sollen. Das ist der neuen Stresemann-Regierung, in der vier Sozialdemokraten sitzen, aber noch zu wenig; sie ist gewillt, die Taschen der breiten Massen noch viel mehr auszuplündern als bisher. So wird jetzt gemeldet, daß **die Personen- und Gepäcktarife** um 900 Prozent, die **Gütertarife um 2000 Prozent erhöht werden, d. h. um das 10- bzw. 21fache.** Wie üblich, werden die Fahrkarten, die bis zum 19. gelöst sind, ihre viertägige Gültigkeit behalten. Wochenkarten, die am Sonntag, dem 19., gelöst werden, werden noch zu niedrigen Tarifen ausgegeben und berechtigen zur Benutzung ohne jede Nachzahlung.

*

Ein Brief 20 000 Mark!

In der letzten Sitzung des Reichsrats wurden die Gesetzentwürfe über Post-, Postscheck- und Telegraphen-Gebühren sowie über Ferngespräche angenommen. Das Porto für den **Fernbrief wurde auf 20 000 Mk.** heraufgesetzt. Dem Reichspostminister wurde die Ermächtigung erteilt, die neuen Gebührensätze noch **im Laufe des Monats August in Kraft** zu setzen. Der Reichspostminister wurde ermächtigt, die Gebührensätze nach der jeweiligen Schlüsselzahl in jedem Monat zweimal festzusetzen. Das gleiche gilt für die Fernsprechgebühren, für welche außerdem das bestehende Gebührensystem dahin abgeändert wird, daß die bisherige Grundgebühr in Fortfall kommt, und die Berechnung auf Orts- bzw. Fernsprechgebühren abgestellt wird.

Die neuen Gebühren stellen sich danach wie folgt: Postkarten im Ortsverkehr 4000 Mark, im Fernverkehr 8000 Mark. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 8000 Mark, bis 100 Gramm 12 000 Mark, bis 250 Gramm 20 000 Mark, bis 500 Gramm 25 000 Mark, im Fernverkehr bis 20 Gramm 20 000 Mark, bis 100 Gramm 25 000 Mark, bis 250 Gramm 30 000 Mark, bis 500 Gramm 35 000 Mark. Drucksachen bis 25 Gramm 4000 Mark, bis 50 Gramm 8000 Mark, bis 100 Gramm 12 000 Mark, bis 250 Gramm 20 000 Mark, bis 500 Gramm 25 000 Mark, bis 1 Kilogramm 30 000 Mark. Geschäftspapiere bis 250 Gramm 20 000 Mark, bis 500 Gramm 25 000 Mark, bis 1 Kilogramm 30 000 Mark. Warenproben bis 100 Gramm 12 000 Mark, bis 250 Gramm 20 000 Mark, bis 500 Gramm 25 000 Mark. Mischsendungen bis 250 Gramm 20 000 Mark, bis 500 Gramm 25 000 Mark, bis 1 Kilogramm 30 000 Mark. Päckchen bis 1 Kilogramm 40 000 Mark.

Pakete bis 3 Kilogramm erste Zone 45 000 Mark, zweite Zone 90 000 Mark, dritte Zone 90 000 Mark, bis 5 Kilogramm 60 000 Mark, bzw. 120 000 Mark, bzw. 120 000 Mark.

Postanweisungen bis 100 000 Mark 8000 Mark; bis 1 Million Mark 12 000 Mark; bis 2 Millionen Mark 20 000 Mark; bis 5 Millionen Mark 25 000 Mark; bis 10 Millionen Mark 30 000 Mark; bis 20 Millionen Mark 40 000 Mark; bis 30 Millionen Mark 50 000 Mark; bis 50 Millionen Mark 60 000 Mark; Gebühr. Postscheckgebühren bis 100 000 Mark 2000 Mark; bis 1 Million Mark 3000 Mark; bis 2 Millionen Mark 5000 Mk.; bis 5 Millionen Mark 6000 Mark; bis 10 Millionen Mark 8000 Mark; bis 20 Millionen Mark 10 000 Mark; bis 30 Millionen Mark 12 000 Mark; bis 50 Millionen Mark 16 000 Mark; über 50 Millionen Mark 20 000 Mark Gebühr.

Telegrammgebühren im Fernverkehr: Grundgebühren 32 000 Mark, Wortgebühr 16 000 Mark; im Ortsverkehr Grundgebühren 16 000 Mark, Wortgebühr 8000 Mark; Pressetelegramme wie Telegramme im Ortsverkehr.

Fernsprechgebühren: Grundgebühren, Ortsgesprächsgebühren, Ferngesprächsgebühren 999 900 Prozent, bisher 49 900 Prozent.

*

Die Preise springen weiter

Am 1. August kostete 1 Dollar 1 100 000 Mark.

für 1 Pfund Erbsen wurden verlangt	40 000 Mk.
für 1 Pfund Butter	230 000 „
für 1 Pfund Margarine	190 000 „
für 1 Pfund Schweinefleisch	200 000 „
für 1 Ei	12 000 „

Am 9. August bezahlte man für 1 Dollar 4½ Millionen Mark.

1 Pfund Margarine kostete	600 000 Mk.
1 Pfund Butter	1 000 000 „
1 Pfund Rindfleisch	400 000 „
1 Ei	35 000 „

Am 10. August schnellt der Dollar auf 6,8 Millionen Mark. Die Preise ändern sich stündlich und erklettern Millionenziffern.

Am 15. August gilt der Dollar 2,5 Millionen.

für 1 Pfund Margarine werden verlangt	750 000 Mk.
für 1 Ei	60 bis 70 000 „
für 1 Pfund Schweinefleisch	6 bis 700 000 „

In der Zeit vom 1. bis 15. August ist der Dollar um das 1,4 fache gestiegen, während die Preise für Margarine um das 4 fache, für Eier um das 5 fache und Fleisch um das 3 fache gestiegen sind.

*

Eine halbe Million Mark Stundenlohn für die Bauarbeiter

In der Verhandlung am Mittwoch, dem 15. August, wurde in freier Vereinbarung der Spitzenlohn für die Zeit vom 9. bis einschließlich 11. August auf 186 500 Mark festgesetzt.

Um noch bestehende Differenzen zu beseitigen, wurde am gleichen Tage durch das Bezirkslohnamt einstimmig folgender Schiedsspruch gefällt:

„1. Als Spitzenlohn für die Zeit vom 13. bis 17. August 1923 einschließlich wird ein Stundenlohn von 500 000 Mark festgesetzt. Dieser Lohn gilt zugleich als Grundlohn für den Monat August 1923 im Sinne des § 2 des Zusatzabkommens zu dem am 5. Juli 1922 abgeschlossenen Reichstarifvertrag vom 9. August 1923.

2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 14. Mai 1923."

Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches bis Freitag, den 17. August, abends 6 Uhr, an das Städtische Arbeitsamt.

Sofern der Schiedsspruch von den Parteien angenommen ist, gilt der Spitzenlohn von 500 000 Mark für die am 18. August beginnende Lohnwoche als Grundlohn. Derselbe wird in dem Maße erhöht, wie der veröffentlichte Reichsindex aufweist, zuzüglich 15 Prozent Entwertungszuschlag.

Eine Aenderung tritt insofern ein, daß der Wochenschluß auf Freitag verlegt ist. Am Freitag soll eine Abschlagszahlung gewährt werden und am Dienstag erfolgt die regelmäßige Lohnzahlung.

Arbeiter-Sport

HFC. Sportlust 07. 1., 2. u. 3. spielen auf dem Exer gegen Giebichenstein 1. bis 3. 5 Uhr 1.: Noack, Becker, Brewell Bereck, Autem, Heinicke 1, Kremser, Blume, Reuschel, Becker, Winkler. ¼4 Uhr 2.: Höpfner, Blocksdorf, Koch, Sänger, Naumann 1, Thiele, Steinborn, Bereck 2, Heinicke 2, Denkewitz, Bär. 2 Uhr 3.: Küber, Jordan, Wolf 1 u. 2, Naumann 2 u. 3, Westphal, Wandowski, Velz, Höpfner, Schmidt. Sonnabend 8 Uhr außerordentliche Versammlung bei Thomas. Erscheinen aller ist Pflicht.

VfB. Lettin. Sonntag, den 19. August, stehen sich auf dem neuen Minerva-Sportplatz VfB. Lettin I., II., III. und Schülermannschaft, Minerva gegenüber. Beide Vereine befinden sich in vorzüglicher Form, so daß mit einem guten Sport gerechnet werden kann. Lettin I. spielt um ½5 Uhr in folgender Aufstellung: Haak; Förster, E. Geißler; Fr. Förster, Ohme, Henze; Mockwitz II, W. Schulze, Zabel, Kersten, Mockwitz I. — II. Mannschaft spielt um 3 Uhr in folgender Aufstellung: Schramm; Köcke, Fehse; Röhrbein, Lüttich, Balzerck; Schulze, Klaus, Ohme, M. Holland, E. Holland. — III. Mannschaft um ½2 Uhr wie folgt: Weber; Koch, Hartkopf Lehmann, Lathan, Deperade; Hohndorf, Lorenz, Förster, Denkewitz, Ehrhardt. — Schülermannschaft spielt um ½1 Uhr. Spielresultate vom vergangenen Sonntag. Lettin I. verlor trotz überlegenen Spieles mit 2 : 3 gegen Fortuna Dölau I. II. Mannschaft gegen Dölau II. 3 : 1; III. Mannschaft gegen Dölau III. 4 : 0.

Fichte-Halle (Fußballabteilung). Sonntag, den 19. August, spielt auf unserem Platz Reinsdorf II. gegen Fichte II., vormittags 10 Uhr. Die Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: K. Vetter; Müller, Freund; Pezold, Laue, O. Schmidt; K. Bielig, Spott, Schubert, O. Beyer, P. Schmidt. Ersatz K. Wolf. Nichtantreten zieht Bestrafung nach Vereinssatzungen nach sich. — Heute abend Training auf dem Platze (6 Uhr). Nachdem Mannschaftssitzungen in der Baracke.

RFK. Askania, Nietleben. Spiele für Sonntag, den 19. August: Radewell I.—Askania I. um 3 Uhr; Radewell II.—Askania II. um ½2 Uhr; Radewell III.—Askania III. um ½5 Uhr. Sämtliche Spiele finden in Nietleben auf dem Sportplatz an der Heide statt.

Arbeiter-Sportverein Kröllwitz. Am Sonnabend, pünktlich 8 Uhr, haben sich sämtliche Mitglieder im Vereinslokal einzufinden. Spiele sind am Sonntag folgende: Brandberge um ½1 Uhr: ASK. II.—VfB. Trotha II. Die II. Mannschaft des ASK. spielt in folgender Aufstellung: Raith, Leiter, Schmidt, Loel, Heß 2, Sabottge, Heß 1, Voigt, Brockhaus 2, Wolf 1, Brömme. — ASK. I.—Trotha I. um ½3 Uhr auf den Brandbergen in folgender Aufstellung: Vogler, Böhme, Mutterlose, Walpurgis, Hunold, Sauer, Wolf, Henze 2, Lösche, Brömme, Henze 1.

1. Gruppe, 6. Bezirk, 2. Kreis. Da das Gruppenfest schon soweit vorbereitet ist, daß die Lokale und Musik nicht mehr abbestellt werden können, läßt sich dasselbe aus technischen Gründen nicht mehr verlegen. Pflicht aller Vereine ist, das Fest zahlreich zu beschicken.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0005

Befreites Land

Der Streik der Landarbeiter

Im Magdeburger Bezirk, über den wir fortlaufend an anderer Stelle unserer Zeitung berichtet haben, hält noch mit unvermindertter Schärfe an. Die Landproletarier stehen noch einig und geschlossen in der Kampffront, da sie nicht gewillt sind, mit den bisherigen Hungerlöhnen weiter zu verelenden. Ein energischer Kampfeswille beseelt die Landarbeiter, die schon über eine Woche im Kampfe stehen. Am Sonntag, dem 5. August, hatte in Magdeburg eine Konferenz der Landarbeiter stattgefunden, die beschloß, den Agrariern die Forderung zu unterbreiten auf 1½ Zentner Roggen als Spitzenlohn und eine Wirtschaftsbeihilfe von drei Millionen Mark. Am 8. August fand eine nochmalige Konferenz statt, und da die Unternehmer zu Verhandlungen sich nicht bereit erklärt hatten, wurde in dieser zweiten Konferenz der Streik erklärt, der dann am 9. August früh begann.

Die Behörden und die Sozialdemokraten haben im Verlauf des Streiks alles versucht, diesen abzuwürgen — aber es war alles umsonst; die Landarbeiter halten heldenmütig stand. Nichts hat sie veranlassen können, die Arbeit wieder aufzunehmen. Weder die Schupo, die furchtbar hauste, noch die Verleumdungen der Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Polizeipräsident in Magdeburg, Richter, hat die gesamte Zentralstreikleitung verhaften lassen. Seine Hoffnung, daß der Streik damit zusammenbrechen würde, hat sich als trügerisch erwiesen. Nun erst recht! — war die Antwort der Landarbeiter. Auch andere Führer in anderen Orten wurden verhaftet. Vielfach kam es zu Zusammenstößen mit der Schupo, die aufs äußerste provoziert und von ihrer Schußwaffe reichlichen Gebrauch macht. Der allen Landproletariern bekannte Kollege Thomas ist bei einem Zusammenstoß mit der Schupo in Kalbe (Saale) schwer verwundet worden; er hat mehrere Bajonettstiche erhalten. Der sozialdemokratische Oberpräsident Hörsing beschimpft die streikenden Landarbeiter als Verbrecher; die Verbrecher vom DLV., die streikende Landarbeiter mit dem Revolver niederschießen wollen, sind in den Augen dieses Oberpräsidenten anständige Menschen!

Nur so zu, Ihr Herrschaften! Ihr zwingt die Landproleten nicht eher wieder in die Arbeit zurück, bis die Forderungen erfüllt sind. **Die Landarbeiter werden ausharren** — bis zum Ende!

*

Wir verzeichnen an dieser Stelle folgende neu eingegangene Meldungen:

Heraus mit der verhafteten Zentralstreikleitung!

Die **Verhaftung der Zentralstreikleitung der Landarbeiter in Magdeburg** hat eine ungeheure Empörung unter der Landarbeiterschaft ausgelöst. Ueberall treten die Landarbeiter spontan zu Versammlungen zusammen und fordern stürmisch die **Freilassung ihrer verhafteten Vertreter.** Abordnungen der Landarbeiter verlangen von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Krüger in Magdeburg, daß er die Verhafteten sofort wieder auf freien Fuß setzt, andernfalls werde der **Streik mit den schärfsten Mitteln weitergeführt.** Der Streik dehnt sich sündlich aus. Die Streiklage ist für die Landarbeiter äußerst günstig. Die Gutsbesitzer beginnen zu wanken und haben verschiedentlich die sofortige Auszahlung von einigen Millionen Mark Wirtschaftsbeihilfe versprochen, wenn die Landarbeiter zur Arbeit zurückkehren. Die Streikenden weisen dies zurück und verlangen generelle Abmachungen mit der neugebildeten Zentralstreikleitung auf der Basis der aufgestellten Forderungen von 1½ Zentner Roggen pro Woche als Spitzenlohn.

Die Technische Nothilfe versagt. Der Oberpräsident **Hörsing** läßt durch seine Schupo die Landarbeiter provozieren, um sie im Interesse des großagrarischen Profits niederschlagen zu können. Die Streikenden verlangen von Hörsing die sofortige Zurückziehung der Schupo und Technischen Nothilfe.

*

Ein Erfolg des Landarbeiterstreiks

Die Meldestelle des Oberpräsidiums teilt mit: In einer am 14. August unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten stattgehabten Besprechung mit dem Arbeitgeber- und dem Deutschen Landarbeiterverband über die schwierige wirtschaftliche Lage der Landarbeiterschaft wurde folgendes vereinbart:

1. Der am kommenden Freitag tagenden Lohnkommission des landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt soll empfohlen werden, den Haushaltungen der Landarbeiter eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe in Form von Getreide zu gewähren;
2. Die Versorgung der Landarbeiter mit Fleisch und möglichst auch mit Fett werden sich die Arbeitgeber mit allen Mitteln angelegen sein lassen;
3. Die Arbeitgeberseite wird sich dafür einsetzen, daß tariftreuen Arbeitern, die nachweislich durch Gewalt an der Arbeit gehindert worden sind, kein Lohnausfall entsteht.

Hoffen wir, daß diese Vereinbarungen dazu beitragen, die ohnedies schon in der letzten Zeit in ruhigere Bahnen gelenkte Streikbewegung in der Landwirtschaft vollkommen zu beendigen.

Diese Zugeständnisse sind nur zurückzuführen auf den Druck, den der Streik der Landarbeiter auf die Agrarier ausübte.

Sachwerterfassung und Kleinbauerntum

Von **H. Rau**

Das deutsche Kleinbauerntum hat an der von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzesvorlage über Erfassung der Sachwerte ein nicht minder großes Interesse als das Industrie- und Landproletariat. Der Kleinbauer hat bisher hart genug den kapitalistischen Grundsatz: „Große Lasten für die Kleinen, kleine Lasten für die Großen" zu fühlen bekommen. Neben den schwer auf ihm lastenden indirekten Steuern wurde ihm eine drei- bis vierfach so hohe Einkommensteuer pro Flächeneinheit abgeknöpft als dem Großgrundbesitzer.

Die im kommunistischen Sachwerterfassungsantrag in bezug auf die Land- und Forstwirtschaft geforderte Enteignung von 51 Prozent der Großgrundbesitze mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftliche und 50 Hektar forstwirtschaftliche Fläche, der Grundsatz, daß die **Lasten auf die tragfähigen Schultern** in Industrie, Handel und Landwirtschaft gelegt werden sollen, wird vom Kleinbauerntum durchaus begrüßt.

Für die kleine, landarme Bauernschaft, die heute hart gegen die Verschuldung um ihre Existenz angesichts der ungeheuer sich steigernden Teuerung zu ringen hat, bietet aber der kommunistische Sachwerterfassungsantrag **mehr als eine steuerliche Entlastung.**

Gegen ihre berechtigte Forderung nach Land, zu einer selbständigen Ackernahrung, verstehen die Agrarkapitalisten heute einen Teil der Landarbeiter zu mobilisieren, indem sie der Landarbeiterschaft erklären, daß die Siedlungsbestrebungen die Entlastung und Brotlosmachung eines Teils der Landarbeiterschaft bedeute. Obwohl die Entlassungen auf die **Extensivierung** der landwirtschaftlichen Großbetriebe zurückzuführen ist und keineswegs auf die Siedlungen, haben die Agrarkapitalisten mit ihrer Propaganda heute noch Erfolg unter einem Teil der Landarbeiterschaft.

Die Großgrundbesitzer nehmen tatsächlich selbst die kleinste Landabgabe heute zum Vorwand, um Entlassungen vorzunehmen.

Dies hört mit der Durchsetzung des kommunistischen Antrages auf, denn danach geht die Bestimmung über die Großbetriebe größtenteils auf die von der arbeitenden Bevölkerung zu bildenden Wirtschaftsräte über, ohne deren Willen keine Extensivierung, keine Betriebseinschränkung der landwirtschaftlichen Großbetriebe vorgenommen werden kann. Im Gegenteil. Die weiten Strecken Land, die heute unbebaut liegen und der Nahrungsproduktion entzogen sind, werden dann in Bewirtschaftung genommen. Hier wird größtenteils die Ueberweisung dieses Landes an die landarmen Bauern, an die Siedler in Frage kommen.

Bei intensiver rationeller Bewirtschaftung der bestehenden Großbetriebe ist neben der notwendigen Vermehrung, Neueinstellung von Arbeitskräften für die einzelnen Betriebe, die Möglichkeit gegeben, auch einen Teil des in den letzten Jahren in ungenügender Weise bebauten Landes an die Bauernschaft abzustoßen. Aus betriebstechnischen Rücksichten wird dies vielfach sogar eine Notwendigkeit sein. Der kommunistische Sachwerterfassungsantrag bildet somit auch eine Grundlage zur Erfüllung der Siedlerforderungen.

Ebenso wesentlich ist für den Kleinbauer, daß die Industrie und die Unternehmen des Großhandels unter die Kontrolle und Verfügung obengenannter Wirtschaftsräte kommen. Damit wird die Möglichkeit zur **Beseitigung der Auswucherung des kleinen Bauern durch Industriekapitalisten und Großhändler gegeben.** Billigere Wirtschafts- und Haushaltungsgegenstände, billigere Düngemittel, billigeres Kraftfutter usw. kann dann für die Klein- und Mittelbauern beschafft werden.

Wenn der Kleinbauer alle die im kommunistischen Antrag geforderten Erleichterungen und Vorteile anerkennt, so genügt dies aber nicht. Es kommt darauf an, **daß die Forderungen zur Tat werden.** Der Reichstag, die bürgerliche Regierung, die ganze kapitalistische Meute wird die Durchführung der äußerst notwendigen Forderungen mit allen Mitteln zu verhindern suchen. **Der Kleinbauer muß darum an der Seite des revolutionären Industrie- und Landproletariats alle Kraft einsetzen, um den kapitalistischen Widerstand zu brechen, die kapitalistische Regierung zu stürzen und eine Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauern zu erkämpfen. Nur eine solche Regierung wird die Forderungen durchführen.**

Großagrarische Betrüger

Die Gutsbesitzer des Landkreises Weimar haben zusammen mit dem DLV. einen Stundenlohn für vollwertige Landarbeiter von 40 000 Mk. festgelegt, neben dem tariflichen Deputat. Jedoch die Gutsbesitzer zahlen jetzt nur 20 000 Mk. pro Stunde aus, mit der Erklärung, daß der Dollar gefallen sei. Diese dickwänstigen Agrarkapitalisten wollen die Landarbeiter noch um die Hälfte ihres erbärmlich niedrigen Barlohnes betrügen. In den von ihnen geforderten Preisen für Butter, Eier, Getreide merkt man nichts von einem Fallen des Dollars. Im Gegenteil.

Ueber den schamlosen Betrug der Gutsbesitzer herrscht helle Empörung unter der Weimarer Landarbeiterschaft. Sie hat ihren DLV.-Kreisleiter gezwungen, auf Donnerstag, den 16. August, eine Demonstration der Landarbeiter des ganzen Kreises nach Weimar einzuberufen. Für den Fall, daß die Gutsbesitzer bei der Auszahlung von 20 000 Mk. beharren sollten, soll sofort der Streik erklärt werden.

Die Landarbeiter lassen nicht länger mehr Schindluder mit sich treiben!

Brief eines Kleinbauern

Ein Kleinbauer schreibt uns u. a.: „Die Not der „Kleinen", zu denen ich mich mit meinem Gehöft und vier Morgen Acker auch zähle, drängt mich zur entschiedenen Frontstellung. Ich werde mich offen zur Kommunistischen Partei — zu der ich mich von heute an als Mitglied erkläre — bekennen."

Das Kleinbauerntum erkennt in immer größeren Maße, daß sein Platz an der Seite des revolutionären, des kommunistischen Proletariats ist. Es erkennt in der KPD. die Führerin des Befreiungskampfes aller Unterdrückten.

Es wird immer toller!

Nachdem durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik die Lohnverhältnisse der Landarbeiterschaft geradezu katastrophal sind, nachdem die ohnehin schon lange Arbeitszeit durch Beseitigung der Wegezeit oder durch direkte Erhöhung der jährlichen Arbeitsstunden verlängert ist und als Folge ein Steigen der Krankheiten und Unglücksfälle unausbleiblich ist, hat der DLV. gemeinsam mit dem Zentralverband der Landarbeiter und mit den Arbeitgebern in Schlesien Maßnahmen vereinbart, in denen es unter anderem heißt:

„Der Arzt soll nur dann aufgesucht werden, wenn es wirklich unumgänglich nötig ist. (Haben das die Landarbeiter bisher etwa zum Vergnügen getan? D. R.) Besuche des Arztes in der Wohnung des Kranken dürfen nur in den allerdringendsten Fällen verlangt werden. . .

Die Versicherten dürfen nicht bei jeder ärztlichen Beratung teure Medizin vom Arzt fordern. Die bekannten Hausmittel helfen oft viel mehr. (Warum nicht gar auf Zaubersprüche sich verlassen? D. R.) . . .

Wer es irgend vermeiden kann, suche das Krankenhaus nicht auf . . .

„Jeder Versicherte soll es sich zur Pflicht machen, solche Kassenmitglieder, die die Kasse ausbeuten, der Kassenverwaltung namhaft zu machen, damit durch eine vertrauensärztliche Nachuntersuchung ihr tatsächlicher Krankheitsbefund festgestellt werden kann."

In diesen im schlesischen Organ des DLV. veröffentlichten arbeitsgemeinschaftlichen Vereinbarungen werden die Kollegen also **nicht** aufgefordert, **gemeinsam** gegen die Ausbeutung und Verelendung zu kämpfen und damit das Steigen der Krankheitsfälle zu verhindern, sie werden **nicht** aufgefordert, **gemeinsam** dafür zu kämpfen, daß die Gutsbesitzer zur Entlastung der Krankenkassen verpflichtet werden, Arzt und Arzneikosten zu tragen. Das ginge auch über den arbeitsgemeinschaftlichen Horizont der DLV.-Bureaukraten. **Die Kollegen werden aber aufgefordert, möglichst auf Arzt und Arzneien zu verzichten. Ihnen wird zugemutet, das zu tun, was bisher jeder ehrliche Landarbeiter als eine Schande betrachtete, nämlich sich gegenseitig zu denunzieren!**

Ein derartig erbärmliches Ansinnen wagen sozialdemokratische Vertreter des DLV. an die Kollegen zu stellen. Höher geht's wohl nimmer!

Und doch, es geht noch höher, die arbeitsgemeinschaftlichen DLV.-Bureaukraten bringen noch mehr fertig! In einer zweiten Abmachung zwischen dem DLV. und den Arbeitgebern in Schlesien kommt noch größere Erbärmlichkeit zum Ausdruck! Es heißt dort:

„Die Arbeitgeber müssen sich ebenfalls dafür einsetzen, daß die übermäßige Inanspruchnahme der Aerzte durch die Versicherten aufhört."

Diese zweite Abmachung birgt so Ungeheuerliches in sich, daß sich selbst die schlesischen DLV.-Bureaukraten nicht getrauten, durch ihr Organ sie den DLV.-Mitgliedern bekanntzugeben. Dafür ist diese Abmachung aber im „Schlesischen Landbund" vom 19. Mai enthalten und trägt als Unterschrift des DLV. Gau 7 den Namen: **Emanuel Langner.** Für die Arbeitgeber zeichnete der bekannte Landarbeiterausbeuter **Dr. Graf von Keyserlingk.**

Was in den meisten Gauen des öfteren schon vorgekommen ist, trifft besonders in Schlesien zu, nämlich, daß die Gutsbesitzer sich weigern, kranken Landarbeitern zur raschen ärztlichen Hilfe zu verhelfen, und oftmals trägt dadurch ein Landarbeiter für sein ganzes Leben eine Krankheit mit sich herum, die ihn in frühen Jahren aus der Mitte seiner Familie reißt und seinen Kindern den Ernährer nimmt. Durch obige Vereinbarung haben nun die **Gutsbesitzer das Recht, zu entscheiden, ob ein kranker Landarbeiter überhaupt einen Arzt zuziehen darf, er kann entscheiden darüber, ob ein erkrankter Landarbeiter ohne ärztliche Hilfe in einer Ecke verrecken soll oder nicht! Das erfolgt mit Genehmigung der sogenannten Vertreter der Landarbeiter!!**

Kollegen und Kolleginnen! Es ist höchste Zeit, daß diese Verräter Eurer Interessen zum Teufel gejagt werden, daß Ihr Euch Vertreter wählt, die Eures Vertrauens wert sind. Es ist höchste Zeit, daß Ihr Hand in Hand mit der Industriearbeiterschaft der Ausbeuterherrschaft ein Ende macht!

Schließt die Einheitsfront!

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

136 Von **Charles de Coster**

Dann nahm er sein Weib Calleken in die Arme:

„Schau her, grunze oder brülle, ich raube sie Dir, Du wirst sie nicht mehr geißeln!"

Aber der Mönch geriet in Wut und sprach zu Calleken:

„So gehst Du ins Bett der Unzucht, lüsternes Weib! Ja, Du gehst ohne Mitleid für den armen Märtyrer von Gottes Wort, der Dich die heilige, liebliche und himmlische Zucht lehrte. Sei verflucht! Kein Priester soll Dir verzeihen; der Boden soll unter Deinen Füßen brennen. Zucker Dir wie Salz erscheinen, Rindfleisch wie verwestes Hundefleisch. Das Brot werde Dir zu Asche, die Sonne zu Eis, und der Schnee zu Höllenfeuer. Verflucht sei Deine Fruchtbarkeit, Deine Kinder sollen scheußlich sein, mit dem Leib eines Affen und einem Schweinskopf, der größer ist als der Bauch. Du sollst leiden, weinen und ächzen in dieser und in jener Welt, in der Hölle, die Deiner wartet, in der Hölle aus Pech und Schwefel, so für Weiber Deiner Art brennt. Meine väterliche Liebe wiesest Du zurück. Sei dreifach verflucht von der Heiligen Dreieinigkeit und siebenfach verflucht von den Leuchten der Kirche. Deine Beichte sei Dir Verdammnis, die Hostie ein tödliches Gift, und in der Kirche möge jede Fliese sich erheben, um Dich zu zermalmen und Dir zu sagen: Diese ist die Buhlerin, diese ist verflucht, diese ist verdammt!"

Und Lamm hüpfte vor Freude und sagte fröhlich:

„Sie ist treu gewesen, der Mönch hat es gesagt; es lebe Calleken!"

Aber sie sprach weinend und zitternd:

„Mann, nimm diesen Fluch von mir. Ich sehe die Hölle! Nehmt den Fluch von mir!"

„Nimm den Fluch zurück", sagte Lamm.

„Ich werde ihn nicht zurücknehmen, Dicker", sagte der Mönch. Und die Frau blieb ganz bleich und schier ohnmächtig auf den Knien, und mit gefalteten Händen flehte sie Bruder Adriaensen an.

Und Lamm sprach zum Mönche:

„Nimm den Fluch zurück, sonst wirst Du gehenkt. Und so der Strick Deines Gewichtes halber reißt, wirst Du von neuem gehenkt werden, bis der Tod eintritt."

„Gehenkt und wiederum gehenkt", sagten die Geusen.

„Wohlan", sprach der Mönch zu Calleken, „geh hin, Unzüchtige, gehe mit diesem dicken Mann; ich nehme meinen Fluch zurück, aber Gott und alle seine Heiligen werden ein Auge auf Dich haben. Geh mit diesem dicken Mann, geh."

Schwitzend und schnaufend schwieg er still.

Plötzlich rief Lamm aus:

„Er schwillt! Er schwillt! Ich sehe das sechste Kinn. Beim siebenten kommt der Schlagfluß. Und jetzt", sagte er, sich zu den Geusen wendend, „Gott befohlen, Du Ulenspiegel, und Ihr alle, meine guten Freunde, Gott befohlen, Du, Nele, und die heilige Sache der Freiheit; ich vermag nichts mehr für sie.

Nachdem er allen den Bruderkuß gegeben und ihn empfangen hatte, sagte er zu seiner Frau Calleken:

„Komm, dies ist die Stunde der rechtmäßigen Liebe."

Derweil das Boot über das Wasser glitt und Lamm und seine Herzliebste davontrug, riefen alle Matrosen, Soldaten und Schiffsjungen, ihre Hüte schwenkend: „Geh wohl, Bruder, leb wohl, Lamm, leb wohl, Bruder, Freund und Bruder!"

Und Nele sprach zu Ulenspiegel, indem sie ihm mit der Spitze ihres zierlichen Fingers eine Träne aus dem Augenwinkel wischte:

„Bist Du traurig, Liebster?"

„Er war gut", sagte er.

„Wehe", sagte sie, „wird denn dieser Krieg nimmer enden? Müssen wir denn allezeit in Blut und Tränen leben?"

„Laß uns die Sieben suchen", sagte Ulenspiegel; „die Stunde der Befreiung naht."

Gemäß Lamms Wunsch müßteten die Geusen den Mönch im Käfig.

Als er für Lösegeld in Freiheit gesetzt ward, wog er dreihundertsiebzehn Pfund und fünf Unzen flandrisch Gewicht.

Und er starb als Prior seines Klosters.

7

Um jene Zeit versammelten sich die Herren von den Generalstaaten im Haag, um über Philipp, König von Spanien, Graf von Flandern, Holland usw. Gericht zu halten, kraft der von ihm bestätigten Urkunden und Privilegien.

Und der Schreiber sprach also:

„Es ist männiglich bekannt, daß ein Landesfürst von Gott als Herr und Haupt seiner Untertanen eingesetzt ist, um sie vor allen Kränkungen, Bedrückungen und Gewaltsaten zu schützen und zu schirmen, wie ein Hirt für den Schutz und Schirm seiner Herde bestellt ist. Gleichermaßen ist es bekannt, daß die Untertanen nicht von Gott zum Nutzen des Fürsten geschaffen sind, um ihm in allem, was er befiehlt, gehorsam zu sein, sei es eine fromme oder gottlose, eine gerechte oder ungerechte Sache, noch um ihm wie Sklaven zu dienen. Sondern der Fürst ist Fürst für seine Untertanen, ohne die er nicht sein kann, auf daß er nach Recht und Vernunft regiere, auf daß er sie liebe und erhalte wie ein Vater seine Kinder, wie ein Hirt seine Herde, und sein Leben wage, um sie zu schirmen. Tut er es nicht, so soll er nicht für einen Fürsten, sondern für einen Tyrannen gehalten werden. König Philipp hat durch Soldatenwerbung, Kreuzzugsbullen und Kirchenbann vier feindliche Heere gegen uns gehetzt. Was soll kraft der Gesetze und Bräuche des Landes seine Strafe sein?"

„Er werde abgesetzt," antworteten die Herren von den Staaten.

Der Schreiber fuhr fort:

„Philipp hat seine Eide gebrochen; er hat die Dienste vergessen, die wir ihm leisteten, und die Siege, die wir ihm erringen halfen. Da er sah, daß wir reich waren, ließ er uns von den hispanischen Räten brandschatzen und plündern."

„Er werde abgesetzt als Undankbarer und Räuber."

„Philipp," fuhr der Schreiber fort, „hat in den mächtigsten Städten des Landes neue Bischöfe eingesetzt und ihnen die Güter der reichsten Abteien als Pfründe verliehen. Mit ihrer Hilfe führte er die hispanische Inquisition ein."

„Er werde abgesetzt als Henker und Verschwender fremden Guts," antworteten die Herren von den Staaten. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 16—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Merchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 28000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 150000 M. für Reklameanzeigen an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 30 000 Mk. | **Freitag, den 17. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 191**

Das Verbrechen sozialdemokratischer Führer

Halle, 17. August.

Der Generalstreik um die politischen Forderungen ist abgebrochen! Mit unverminderter Schärfe aber geht der Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen weiter. Die Bewilligung dieser Forderungen (20 Millionen Mark Wirtschaftsbeihilfe, 60 Goldpfennige Friedensreallohn, keinerlei Maßregelungen und Bezahlung der Streiktage) ist das mindeste, was bewilligt werden muß, um vor der Hand wenigstens die allerschlimmste Not im Arbeiterhaushalt zu beseitigen. Ueberall dort, wo die Unternehmer ablehnend auf die Forderungen der Arbeiter antworten, wird daher weiter gestreikt. Nur da, wo die Arbeitgeber die Forderungen bewilligen, oder dort, wo die Arbeiter durch die schamlosen Rankünen gewisser sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonzen und der Lügenkampagne der sozialdemokratischen Presse zum Opfer gefallen sind, ist die Arbeit wieder aufgenommen. In den gestern stattgefundenen Massenversammlungen der Streikenden kam ein so starker Kampfwille zum Ausdruck, daß gar nicht daran zu denken ist, daß die noch im Kampfe stehenden Arbeiter sich dem brutalen Aushungerungswillen ihrer Ausbeuter fügen werden.

In der gestern vormittag stattgefundenen Vollversammlung der hallischen Betriebsräte wurde ein Antrag gegen nur wenige Stimmen angenommen, der die Betriebsräte verpflichtet, **den Unternehmern gemeinsam mit den Gewerkschaften die wirtschaftlichen Forderungen zu unterbreiten.** Dort, wo die Forderungen bewilligt und keine Maßregelungen stattfinden, soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Wo das Unternehmertum ablehnt, soll der Streik **geschlossen fortgeführt** werden. Die die Arbeit wieder aufnehmenden Kollegen werden verpflichtet, die Kämpfenden zu unterstützen.

Wie noch nie seit den Kapptagen ist die Arbeiterschaft in einer so einheitlich geschlossenen Front in den Kampf getreten. Die Wucht des Massenkampfes war so gewaltig, daß an einen Widerstand der Unternehmer gar nicht zu denken gewesen wäre, wenn ihnen nicht die sozialdemokratischen Führer Hesse, Wielepp und Komp. mit dem sozialdemokratischen „Volksblatt" zu Hilfe geeilt wären. Vom ersten Tag an begann die Hetze gegen den „kommunistischen Generalstreik", der von dem **legal vom Bezirkskartell einberufenen Kongreß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Mitteldeutschlands** beschlossen war. Warum diese Hetze? Die einheitlich geschlossene Front der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter mit den Kommunisten war der Sozialdemokratie ein Hindernis zum Eintritt in die Große Koalition, der neuen großen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Führern der Sozialdemokratie, des ADGB. und dem großindustriellen Ausbeutertum zur Erhaltung des kapitalistischen Aushungerungs- und Bedrückungssystems.

Kaum eine halbe Stunde nach der Tagung des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses kleisterte der gewissenlose Demagoge Hesse eigenhändig die roten Plakate mit den gefälschten Unterschriften an die Anschlagsäulen, in denen die schamlosesten Lügen gegen die Kommunisten aufgetischt wurden. Es war umsonst: die Hesse, Wielepp und Konsorten vermochten die Wucht der Massenbewegung nicht zu verhindern. Trotzdem war ihnen der spontan hervorbrechende Kampfeswille der einheitlich geschlossenen Arbeiterschaft nichts. Sie setzen ihre systematische Sabotage gegen den Massenstreik fort. Nicht allein, daß in ihrer Presse, im hallischen „Volksblatt", in der Magdeburger „Volksstimme" und im „Vorwärts" das Blaue vom Himmel heruntergelogen wurde, die Hesse und Konsorten leisteten dem Unternehmertum auch aktive Hilfe. Hinter dem Rücken der streikenden Bergarbeiter verhandelten sie mit den Unternehmern, **um die Front der kämpfenden Arbeiter von hinten zu erdolchen.** Ihre Parteigenossen, der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann und der Oberpräsident Hörsing, sandten gewaltige Schupoaufgebote aus Merseburg, Naumburg, Erfurt nach Zeitz, nicht um die provozierende und schießende Stahlhelmmeute zu entwaffnen, sondern um ein **grausames Blutbad unter den demonstrierenden und hungernden Bergarbeitern anzurichten.** Die Verhandlungen der „Vertreter" der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum wurden über Lockspeisen geführt, die die Arbeiter verwirren und in die Betriebe zurückführen sollten. Auf Grund dieser Verhandlungen wurde im Geiseltal den Arbeitern eine **Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark, Schmalz und Kartoffeln** angeboten, als die Arbeiter in den Betrieben waren, stellte sich heraus, daß diese Wirtschaftsbeihilfe ratenweise wieder abgezahlt bzw. vom Lohne abgezogen werden soll. Die Schupo der Sozialdemokraten Hörsing, Bergemann, Runge tat ihr übriges: **die Streikleitungen wurden verhaftet.**

Im Magdeburger Streikgebiet wurden die Streikführer sogar photographiert und ihnen Fingerabdrücke abgenommen. Die sozialdemokratische Presse, die Magdeburger „Volksstimme" und der „Vorwärts", verbreiten eigene Drahtberichte von ihren Genossen in Halle, in denen das Wildwestmärchen aufgetischt wird, daß die kommunistischen Horden bandenweise die Felder plünderten und die Getreidegarben auf dem Felde anzünden, während selbst bürgerliche Blätter der Wahrheit die Ehre geben und berichten müssen, daß die proletarischen Abwehrformationen überall Plünderungen und Ausschreitungen der Hungernden verhindern. Der „Vorwärts", das Organ des Lügenverbandes gegen die KPD. und gegen das um seine Lebensexistenz kämpfende hungernde Proletariat, verbreitete sogar den Schwindel seines hallischen Berichterstatters von der Verhaftung „des Teutschenthaler Aktionskomitees zur Ausrufung der Räterepublik". Und wie verhält sich der Blödsinn von den „Moskauer Parolen, mit denen die Hesse und Konsorten gruselig machen und die konterrevolutionären Instinkte des Bürgertums und aller geschworenen Feinde der Arbeiterklasse aufstacheln? In der Großstadt Halle selbst sind noch Firmen, die heute noch Löhne von 568 000 Mark wöchentlich bezahlen. Die Luxuspapierfabrik von Heilbrunn & Pinner wagt es sogar noch, ihren Arbeiterinnen einen Wochenlohn von 300 000 Mk. bis 800 000 Mk. im Akkord zu bieten. Die Mansfeld A.-G. zahlte ihren Grubensklaven in der letzten Woche noch einen Lohn von sage und schreibe 2,5 Millionen Mark!

Wer wagt es da noch zu bestreiten, daß es lediglich der Hunger ist, der die Massen zur Rebellion trieb? Nur gedungene Unternehmersöldlinge oder Idioten können da behaupten, daß die Arbeiter für „Moskauer Parolen" in den Kampf getrieben worden sind! Sozialdemokratische Arbeiter waren es, die zum Kampf drängten und ihre Führer beiseite schoben weil sie sehen, daß ihre arbeitsgemeinschaftlichen Führer trotz aller Not und allen Elends ihr gewissenloses Spiel fortsetzen, das sie und die Arbeiterfamilien in den Sumpf der Verelendung geführt hat!

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer à la Hesse lehnen, wie das „Volksblatt" hombastisch meldet, es ab, die Forderungen der Streikenden auf Wirtschaftsbeihilfen in Höhe von 20 Millionen, 60 Goldpfennige Friedensreallohn, Bezahlung der Streiktage und Vermeidung jeglicher Maßregelungen zu vertreten, weil sie den gewerkschaftlichen Richtlinien ins Gesicht schlagen". Offenbar gehen diesen Herrschaften die minimalen Forderungen der Streikenden zu weit. Um diese Schamlosigkeit richtig würdigen zu können, muß

cht wurde, **daß der**
ndex von 30 Proz.
ndezzahl von 192,2
Spitzenlohn für die
m 24. August nicht

und die Löhne der
& Pinner? Was
Bergarbeiter nach
Unternehmern für
rger Bergarbeiter-
ferner dagegen die
dem gleichen Ab-
August ausgezahlt
Tropfen auf den
rauen und Kinder!
und Ko. über den
Arbeiter, wie Ihr
betrogen, nicht
Kommunisten, son-
Hesse, Wielepp und
ischen „Volksblatt".
sind es, die daran
pirrt wurden. Sie
n in die Betriebe
n Betrieben Maß-
tschaftlichen Forde-
hätten ohne Aus-
e Forderungen be-
den Kampf nicht
ernehmern gemacht
daß die **Arbeiter der Baubetriebe** erzielt haben. **Die Bauarbeiter haben einen Stundenlohn von 500 000 Mark ab Montag, also einschließlich der Streiktage, durchgedrückt.** Warum konnten sie das? Weil die Führer der hallischen Bauarbeiter, die Kommunisten sind, gemäß dem Willen der Arbeiter die wirtschaftlichen Forderungen des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses aufnahmen und, gestützt auf die Massenbewegung, bei den Unternehmern durchsetzten.

Dieses Beispiel zeigt, wie riesengroß das Verbrechen der sozialdemokratischen Führer à la Hesse und Konsorten ist.

Was ist nun zu tun? Die weitaus größte Zahl der am Streik beteiligten Arbeiter steht noch im Kampf. Sie wollen nicht in das Hungerjoch zurückkehren. In Staßfurt und Bernburg haben sich die Frauen mit Knüppeln bewaffnet und vor die Kalischächte gestellt, um die zum Aushalten im Kampfe zu zwingen, die infolge der sozialdemokratischen Verwirrungsmanöver nicht mehr gewillt waren, den „Moskauer Parolen" zu folgen. In Zeitz und Umgegend haben die sozialdemokratischen Arbeiter **ihren eigenen Führern das Reden verboten,** und selbst der „Vorwärts" muß nunmehr anerkennen, daß der Bergarbeiterstreik im Zeitzer Revier **nicht auf kommunistische Parolen,** sondern auf **die brutalen Aushungerungsmethoden der Zechenbarone zurückzuführen ist.** Die Arbeiter dort, wie in ganz Mitteldeutschland wissen also, warum und weshalb sie kämpfen. **Es ist das notwendige Stück Brot, um das der Kampf geht!**

Wenn in diesem Moment die Unternehmer gegen die noch immer im Kampfe ausharrenden Proletarier mit dem brutalen Mittel der Aushungerung vorgehen, so ist es klar, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben, wo ausgesperrt wird, ihren Betriebsräten und den ausgesperrten Kollegen Solidarität bekunden müssen. Es ist aber auch klar, daß die Arbeiter, die jetzt in die Betriebe zurückkehren, in denen bewilligt ist, den Ausharrenden im Kampfe in brüderlicher Solidarität Opfer bringen müssen. Für die Arbeiter aber, die noch im Kampfe stehen, heißt es: **geschlossen im Kampfe zu verharren und nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die wirtschaftlichen Forderungen bewilligt und die Arbeitgeber bereit sind,** alle in den Streik getretenen Arbeiter wieder in den Betrieb zu lassen!

Das Gewerkschaftskartell Halle und die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden

Der Kartellvorstand hat zu den Forderungen der Streikenden Stellung genommen, und folgende Entschließung angenommen:

Der Vorstand des Ortsausschusses des ADGB. Halle erkennt die in der Betriebsrätevollversammlung vom 16. August beschlossene Forderung der Arbeiterschaft auf sofortige Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 20 Millionen Mark und die Forderung eines Stundenlohnes, berechnet nach 60 Goldpfennigen, was einem heutigen Stundenlohn von 550 000 Mark entspricht, als berechtigt an. Der Vorstand des Ortsausschusses ersucht die Vorstände der angeschlossenen Gewerkschaften, diese Forderungen an die zuständigen Unternehmerorganisationen zu stellen und zu vertreten und sofortige Verhandlungen zu verlangen. Allen durch den Streik gemaßregelten Mitgliedern ist der möglichste Schutz durch die Organisationen zu gewähren. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgefordert, für die Durchsetzung dieser Forderung vollste Solidarität zu üben.

Erfolge der Hamburger Arbeiter

Der Polizeisenator Heuse aus dem Paeplow-Verband ausgeschlossen — 4 650 000 Mark Tagelohn

(Eigene Drahtmeldung)

Hamburg, 16. August.

Gestern abend hat eine Versammlung der **Hafenarbeiter-Vertrauensleute** mit 357 gegen 303 Stimmen die **Wiederaufnahme der Arbeit** beschlossen, nachdem die Polizeibehörde zugesichert hat, daß am Hafen die Polizeiverstärkungen zurückgezogen werden, und nachdem den Hafenarbeitern ein **Tagelohn von 4 650 000 Mk.** bewilligt worden ist.

Die Werften haben heute im Laufe des Tages Betriebsversammlungen gehabt, auf denen sie in der Mehrzahl beschlossen haben, **morgen** wieder die Arbeit aufzunehmen. Heute hat trotz der Aufforderung der Gewerkschaften die Arbeit auf den Werften noch geruht.

Eine Betriebsrätevollversammlung nimmt heute abend zu der Lage Stellung.

In Harburg hat eine Urabstimmung der streikenden Arbeiterschaft stattgefunden; etwa 8000 Stimmen wurden für die Weiterführung des Kampfes abgegeben, 5000 dagegen. Die Gewerkschaften fordern, da keine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Streik vorhanden ist, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Eine von 2500 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes Hamburg beschloß gestern abend gegen sieben Stimmen den Ausschluß des sozialdemokratischen Polizeisenators Heuse aus dem Baugewerksbund. **Sie beschloß Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen.** Sie protestierte einstimmig gegen das Verbot der „Hamburger Volkszeitung". Ebenso haben die Hafenarbeiter gegen das Verbot der „Volkszeitung" Stellung genommen.

Heute mittag um 2 Uhr sollte die Beerdigung der Opfer der Vorgänge am Hafen stattfinden. Die Staatsanwaltschaft hat aber die Leichen zur Beerdigung nicht freigegeben. Arbeiter, die sich am Hafenkrankenhaus versammelten, um der Beerdigung beizuwohnen, wurden mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben durch Sipo auseinandergejagt.

Demonstration der ganzen Arbeiterschaft Braunschweigs

(Meldung des Wolffschen Bureaus.)

Braunschweig, 17. August.

Vormittags versammelte sich die ganze Arbeiterschaft Braunschweigs auf dem Schloßplatz zu einer Kundgebung zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen, die dem Ministerium vorgelegt werden sollen und auf Zurückziehung des Flurschutzdienstes vom Lande sowie Einsetzung von Kontrollausschüssen zur Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande hinausziehen. Ueber die Forderungen wird im Ministerium gegenwärtig noch verhandelt. Bei dem nach der Versammlung veranstalteten Umzuge durch die Stadt haben sich Zwischenfälle nicht ereignet. Gegen abend sollte noch eine Versammlung stattfinden, in der nochmals über die Frage des Generalstreiks entschieden werden sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230817-17/fragment/page=0007